Breslauer Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspr. in Breslau 5 Mark, Wochen-Abonnem. 50 Pf., außerhalb pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Insertionsgebühr für den Raum einer sechstheiligen Petit-Zeile 20 Pf., Reclame 50 Pf.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag einmal, Montag zweimal, an den übrigen Tagen dreimal erscheint.

Nr. 98. Mittag-Ausgabe. Neunundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt Mittwoch, den 27. Februar 1878.

Deutschland.

O.C. Reichstags-Verhandlungen.

10. Sitzung vom 26. Februar.

1 Uhr. Am Tische des Bundesraths: Hofmann und zahlreiche Commissarien, später Fürst Bismarck.

Das Haus setzt die zweite Berathung des Reichshaushaltsetats fort und wendet sich zunächst dem Etat des Reichskanzleramts für Elsaß-Lothringen zu.

Abg. Schneegans (Elsasser Autonomist): Wir beabsichtigten, bei diesem Titel die Frage der Verwaltungsreorganisation für Elsaß-Lothringen zu erörtern, verzichten aber für heute darauf, weil sich bei der Debatte über die Stellvertretungsvorlage dazu Gelegenheit bieten wird.

Abg. Rittinghausen (Socialdemokrat) will bei einem speciellen Titel auf die allgemeinen Verhältnisse Elsaß-Lothringens seit 1871 eingehen, wird aber vom Präsidenten darauf aufmerksam gemacht, daß dies nur in einer allgemeinen Besprechung möglich sei.

Bei dem Etat des Rechnungshofes für das Deutsche Reich bittet Abg. Richter (Hagen) um Aufklärung darüber, weshalb ein neuer Director und ein neuer vortragender Rath erforderlich seien. Die Bearbeitung der Rechnungen über die Milliarden vermehre sich nicht, sondern nehme eher ab. Außerdem sei es aber parlamentarischer Brauch in dem Fall, wo die Reorganisation oder Neuschaffung eines Instituts bevorstehe, in demselben keine neue Stellen zu schaffen. So könnte auch hier der eine vortragende Rath gegen Remuneration die Geschäfte eines Directors wahrnehmen.

Bundescommissar Aschenborn bemerkt, daß mit dem Steigen des Etats sich auch die Geschäftslast des Rechnungshofes erheblich vermehrt habe.

Abg. Rickert ist ebenfalls der Ansicht, daß man sich mit zwei vortragenden Räthen begnügen könne. Jedenfalls sei es aber nothwendig, daß möglichst bald ein Gesetz über den Rechnungshof und über die Verwaltung der Einnahmen und Ausgaben vorgelegt werde.

Präsident des Reichskanzleramts Hofmann: Die Arbeitslast des Rechnungshofes ist so groß, daß unbedingt eine Vermehrung des Personals stattfinden muß, auch wenn ein Gesetz in der vom Vorredner bezeichneten Richtung angenommen würde. Seit dem Bestehen des Reichs ist der Etat stetig angewachsen, so daß größere Arbeitskräfte zur Revision der Rechnungen nothwendig sind. Die Directorstelle ist nothwendig, um die Geschäfte des Rechnungshofes in ordnungsmäßiger Weise zu erledigen.

Darauf bewilligt das Haus in der vom Abg. Richter beantragten Form nur zwei vortragende Räthe.

Den Etat des allgemeinen Pensionsfonds beantragt Abg. Richter (Hagen) der Budgetcommission zu überweisen, weil sich vielleicht in demselben Deckungsmittel für das Deficit finden könnten.

Es folgt der Etat des Reichsinvalidenfonds.

Abg. Grumbrecht: Das uns vorliegende Resultat der Verwaltung des Invalidenfonds ist für unsere Finanzen außerordentlich erfreulich. Wenn die Verhältnisse sich in der bisherigen Weise weiterentwickeln, so werden wir beim Abschluß des Fonds ein viel größeres Capital besitzen, als wir ursprünglich eingelegt haben. Jedenfalls läßt sich leicht berechnen, da der Zuschuß aus der Capitalmasse schon im Laufe dieses Jahres gegen das Vorjahr sich um mehr als eine Million Mark vermindert hat und dieser Zuschuß überhaupt nur 5½ Millionen beträgt, daß innerhalb 5–7 Jahren der Zuschuß aus dem Capitale aufhören muß. Von jenem Zeitpunkt an würden die Ansprüche an den Invalidenfonds trotz der Belastung, die wir ihm auferlegt haben, vollkommen aus den Zinsen gedeckt werden können und die Ueberschüsse würden sich von Jahr zu Jahr mehren. Die uns vorgelegte Denkschrift widerspricht allerdings dieser Berechnung und ich möchte deshalb wissen, ob vielleicht außergewöhnliche Thatsachen auf das günstige Verhältniß des letzten Jahres eingewirkt haben.

Bundes-Commiss.-Geh.-Rath Michaelis: Um zu prüfen, ob die gegenwärtige Belastung des Invalidenfonds einen Ueberschuß in Aussicht stellt, genügt es nicht, wie der Vorredner es gethan hat, die Ziffern des Etats mit denen des vorjährigen Etats zu vergleichen, sondern man muß berücksichtigen, wie die Summe der in den Etat eingestellten Pensionsausgaben sich zu derjenigen Belastung verhält, welche bei der im vorigen Jahr dem Reichstag vorgelegten Berechnung der Bilanz des Invalidenfonds zu Grunde gelegt wurde. Wenn dies geschiebt, so ergiebt sich, daß die Pensions-Ausgabe des Etatsjahres 1878 bis 1879 um wenig über 100,000 Mark geringer ist, als die Pensions-Ausgabe, welche bei der Berechnung der Belastung des Invalidenfonds zu Grunde gelegt wurde. Schlüsse, wie sie der Vorredner in Bezug auf die Frage, ob von dem Fonds schließlich mehr oder weniger übrig bleiben wird, aus dem Etat gezogen hat, sind deshalb nicht gerechtfertigt.

Abg. Richter: In der Hauptsache hat der Abg. Grumbrecht jedenfalls Recht. Die Summe der Pensionen, die wir im vorigen Jahre neu auf den Invalidenfonds überwiesen haben, stellt sich thatsächlich um 618,000 Mark niedriger, als die Regierung veranschlagt hatte. Ebenso waren die sonstigen Anforderungen an den Invalidenfonds bei der Gründung desselben bei Weitem überschätzt. Ich weise nur darauf hin, daß jetzt als Capitalszuschuß 7½ Millionen Mark in den Etat eingestellt sind, während im Etat von 1874 ein Zuschuß von 16 Millionen vorgesehen war, der bei Weitem nicht gebraucht wurde. Wir würden ohne Gefährdung des Fonds eine erhebliche Erweiterung der gesetzlichen Verwendung herbeiführen können und dadurch eine bedeutende Entlastung des Etats der laufenden Ausgaben ermöglichen. Die Regierung wird verpflichtet sein, zu diesem Zweck im nächsten Jahre eine neue Bilanz des Invalidenfonds aufzustellen.

Es folgt der Etat über die Einnahmen aus der Wechselstempelsteuer.

Abg. Zimmermann fragt, ob die bereits mehrfach angeregte Abänderung des § 2 des Wechselstempeltarifs, nach welchem der Stempel noch nach der alten Münzwährung normirt ist, von der Bundesregierung bereits in Angriff genommen ist. Wie schon in früheren Jahren, so lägen auch jetzt mehrere dessfallsige Petitionen aus der Geschäftswelt vor, welche die Sache als eine dringende bezeichnen.

Geh. Rath Aschenborn erwidert, daß er bereits im April v. J. erklärt habe, daß die Bundesregierung der Aenderung nicht abgeneigt sei, aber das Bedürfniß nicht als besonders dringend erachtet habe. Der Vorredner überschätze die Dringlichkeit des Gegenstandes, denn es seien seitdem keine Petitionen mehr eingegangen.

Abg. Zimmermann bemerkt, daß ein Gesetz, welches den Stempel nach der alten Währung regele, im Widerspruch mit der übrigen Gesetzgebung stehe. Es lägen der Petitionscommission mehrere Petitionen vor; der Zwiespalt in der Gesetzgebung könne nicht fortwährend fortdauern.

Geh. Rath Aschenborn giebt zu, daß zwar eine Petition des Kaufmannes Rudolph Herzog aus Berlin vorliege; eine gleiche Petition sei aber schon früher — im Jahre 1875 — von der Petitionscommission als zur Berathung im Plenum ungeeignet bezeichnet worden, wodurch der Reichstag selbst die Angelegenheit als nicht so dringend anerkannt habe.

Abg. Zimmermann erwidert, daß man damals gehofft habe, die Angelegenheit werde durch die Regierung ihre natürliche Ordnung finden. Wenn die Regierung sich jetzt nicht entgegenkommend zeige, dann würden aus dem Mißverhältniß viele Beschwernisse entstehen.

Abg. Richter (Hagen) erklärt, daß der Reichstag die Sache früher nicht weiter verfolgt habe, weil die Regierung damals die Inangriffnahme derselben in Aussicht stellte. Daß in der Praxis Unzuträglichkeiten entständen, könnte aus jedem Handelskammerbericht erwiesen werden.

Zu dem Etat der Verwaltung der vormaligen Geheimen Ober-Hofbuchdruckerei in Berlin erklärt sich Abg. Brockhaus mit dem vorliegenden Etat und der Druckschrift einverstanden, in welcher mitgetheilt werde, daß die Regierung Verhandlungen angeknüpft habe, um diese Druckerei mit der preußischen Staatsdruckerei zu vereinigen. Im Interesse des Gesetzes, welches behufs der definitiven Organisation einer Reichsbuchdruckerei in Aussicht gestellt sei, wäre zu wünschen, daß eine calculatorische Berechnung beigefügt würde, woraus eine klare Uebersicht über die Rentabilität und Ausdehnung des Unternehmens zu gewinnen sei. Redner macht ferner darauf aufmerksam, daß die typographisch gut ausgestatteten Drucksachen des Reichstages nicht besonders haltbar geheftet seien, so daß ein genaues Studium der Vorlagen kaum möglich sei, weil die Drucksachen unter der Hand zerfielen. (Sehr richtig!)

Generalpostmeister Stephan bemerkt, daß die Verhandlungen der preußischen Regierung behufs Verschmelzung der preußischen Staats- und der früheren Ober-Hofbuchdruckerei, soweit sie sich zur Zeit überblicken ließen, wahrscheinlich zu einem befriedigenden Resultat führen würden; dem betreffenden Gesetzentwurf würde eine Berechnung, aus der die Rentabilität ersichtlich wäre, beigefügt werden. Was die Beschwerde des Vorredners über die Drucksachen betrifft, so sei sie zwar begründet, aber die Druckerei auch durch die große Schnelligkeit, mit der die Vorlagen hergestellt werden müßten, zu entschuldigen. Jedenfalls werde die Druckerei von der Beschwerde in Kenntniß gesetzt werden und gewiß nicht verfehlen, zur Abstellung der Mängel das ihrige zu thun.

Der Etat wird mit 908,170 M. Ausgaben und 1,082,500 M. Einnahmen, also mit einem Ueberschuß von 174,330 Mark genehmigt.

Zu dem Etat des Bankwesens wünscht Abg. Bergmann als Verbesserung in dem Geschäftsbetrieb der Reichsbank einen conseil de banque als berathende Behörde neben dem Bankdirector eingeführt zu sehen, welcher aus unparteiischen Geschäftsleuten bestehen solle, die täglich einige Stunden die zur Discontirung eingereichten Wechsel in Rücksicht auf ihre Sicherheit zu prüfen haben und so dem Director einen Theil seiner Verantwortlichkeit abnehmen können. Denn in wirthschaftlich schwierigen Zeiten wie jetzt, wo namentlich eine Erleichterung des Credits im Interesse der Industrie nothwendig ist, ist der Bankdirector in Hinblick auf seine Verantwortlichkeit eher geneigt, mehr Wechsel zurückzuweisen, als unbedingt nöthig ist. Weist er aber mit Grund zurück, so nimmt ihm der Beirath des conseil de banque einen Theil der Gehässigkeit einer solchen Maßregel ab.

Präsident Hofmann verspricht, diese Vorschläge in Erwägung zu ziehen.

Dieser Etat wird unverändert genehmigt.

Die Ueberschüsse aus den früheren Jahren im Betrage von 34,663 Mark werden auf Antrag des Abg. Richter (Hagen) der Budget-Commission überwiesen.

Bei den Einnahmen aus dem Münzwesen (100,000 Mk.) bemerkt Abg. Bergmann, daß sich seine Bedenken gegen das deutsche Münzsystem wegen dessen Ungleichartigkeit von den Münzsystemen der Nachbarländer, die er schon im Jahre 1872 dem Minister Delbrück gegenüber geäußert habe, sich vollständig bestätigt hätten. Auch bei der Einführung der Goldwährung sei man nur theoretisch vorgegangen, die Durchführbarkeit derselben sei noch gar nicht erwiesen; das sei überhaupt in wirthschaftlich gedrückten Zeiten, wie den jetzigen, nicht möglich. Er theile vollkommen die Bedenken, die der Abg. Schröder (Lippstadt) neulich geäußert habe.

Abg. v. Kardorff: Ich will dem Vorredner nicht auf das Gebiet der theoretischen Erörterung über die Vorzüge der Goldwährung oder gar einer Universalmünze folgen. Aber der Abg. Schröder (Lippstadt) veranlaßt mich durch seine neulichen Aeußerungen über unser Münzsystem, welche er bei Gelegenheit des Anleihegesetzes machte, zu einigen Erwiderungen. Er legitimirte sich zu diesen Aeußerungen mit seinem gesunden Menschenverstande. Den verlangte mein alter Reitlehrer auch zum Reiten; aber zum Reiten wie zur Beurtheilung von Münzangelegenheiten gehört außer dem gesunden Menschenverstande noch einiges Andere. Bevor ich die nöthigen Studien gemacht hatte, scheute ich mich, vor dem Hause als Redner in Münzfragen aufzutreten; jetzt glaube ich dazu legitimirt zu sein. Ich theile nicht die Furcht des Abg. Schröder vor den uns durch die Goldwährung drohenden Verlusten. Es war zunächst hier weniger der Baarverlust in Betracht zu ziehen, als vielmehr der viel größere Verlust, welcher unserer Industrie erwachsen ist durch die Maßregeln, welche wir ergreifen mußten, um den drohenden Abfluß des Goldes zu hindern.

Aber trotz seiner Doppelwährung hat Frankreich seine Goldvorräthe vermehren müssen, so daß sie größer sind als die unsrigen. Ja, die Strömung für die Goldwährung ist so stark, daß wir auch unsere jetzigen Goldvorräthe hätten haben müssen, selbst wenn wir die Doppelwährung eingeführt hätten. Deshalb müssen auch die Länder mit Doppelwährung ihre Anleihen in Gold machen und deshalb mußten sie auch ihre Silberausprägung einschränken. Die vom Abgeordneten Schröder in Aussicht gestellten großen Verluste existiren also in dem Maße nicht. Ich kann mir aber auch die Zukunft der Goldwährung nicht so vorstellen, wie der Abg. Bamberger, welcher deren Ausdehnung über alle Länder erhofft. Michel Chevalier, der eine ebenso große finanzielle Autorität in Frankreich war, wie es der Abg. Bamberger bei uns ist, wollte in gleicher Weise, wie wir es jetzt in umgekehrter Weise gethan haben, die reine Silberwährung einführen und das Gold entwerthen, weil er damals dessen massenhafte Production fürchtete, und dennoch irrte er darin, ebenso wie sich der Abg. Bamberger in seiner Furcht vor der massenhaften Silberproduction in Nevada irrt. Die neuesten Untersuchungen über diese Silberwerke haben ergeben, daß die Production derselben erheblich überschätzt ist, daß der jährliche Ertrag derselben höchstens 20 Millionen Dollars betragen wird. Ferner würde die Goldproduction der Erde nicht ausreichen, alle Länder mit dem zur Goldwährung nöthigen Golde zu versorgen. Auf eine dauernde Goldproduction der Erde haben wir nicht zu rechnen. Ich verweise in dieser Beziehung auf das Werk von Süß: Die Zukunft des Goldes. Eine große Menge Goldes wird auch durch den Gebrauch namentlich zur Vergoldung als Umlaufsmittel verloren. Die Goldwährung in allen Ländern würde in praxi nur zu einer ungeheuren Papierwährung aller Länder führen. Ich glaube also, daß wir in Zukunft zur Doppelwährung zurückkehren werden. Die schwierigste Aufgabe der Finanzpolitik ist die Regelung der Umlaufsmittel; dieselben sind für den Staat, was das Oel für die Maschine ist. Frankreich hat pro Kopf doppelt so viel Umlaufsmittel wie wir, und man müßte wohl überlegen, ob das Knarren unserer Staatsmaschine, unsere kritische wirthschaftliche Lage nicht zum Theil in unseren knappen Umlaufsmitteln seinen Grund hat. Wird durch die interessanten amerikanischen Verhältnisse ein festes Preisverhältniß zwischen Gold und Silber festgestellt, dann werden wir ohne Verlust zur Doppelwährung zurückkehren können.

Abg. Bamberger: Ich möchte den Abg. Bergmann bitten, wenn er Beschwerden gegen das Straßburger Reichsbankdirectorium hier vorzubringen hat, dies zuvor der Regierung und einigen sich für diese Fragen interessirenden Mitgliedern des Hauses mitzutheilen, damit die Angelegenheit mit größerem Nutzen hier behandelt werden kann. Uebrigens muß nach seinen Ausführungen in Straßburg die Praxis anders sein als in Berlin, wo das Reichsbankdirectorium von einem sogenannten conseil de banque in Bezug auf die Solidität der Papiere berathen wird. Der Abgeordnete Bergmann hätte seine Einwürfe gegen unser Münzsystem widerlegt gefunden, wenn er unsere stenographischen Berichte aus den Jahren 1872 und 1873 gelesen hätte. Der Abgeordnete v. Kardorff hat irrigerweise in seinem Vortrage einige Voraussetzungen als feststehend angenommen. Er glaubt, wir hätten die Goldwährung eingeführt unter dem Eindruck der amerikanischen Silberproduction in Nevada; von dieser war in unseren Discussionen vom Jahre 1871 absolut nicht die Rede. Die Präoccupation datirt erst aus den großen Productionsjahren 1874, 1875 und 1876. Hat doch Nordamerika noch im Jahre 1873 die Goldwährung ausdrücklich eingeführt, also das Motiv, welches jetzt die Aenderung der Währung dort bestimmt, war noch gar nicht vorhanden. Der Abg. v. Kardorff irrt auch, wenn er glaubt, wir hätten die Goldwährung beschlossen in der Hoffnung, alle Länder würden sie annehmen. Er verwechselt da einfach meine literarischen Arbeiten mit den Verhandlungen des Hauses. Meine persönlichen Zukunftsgedanken über das Gold waren für das Haus durchaus nicht maßgebend, sie waren nur den Ansichten des Professors Süß in Wien entgegengestellt und ich will sie gern dem Abgeordneten v. Kardorff, falls er sie noch nicht gelesen hat, zu Füßen legen. (Heiterkeit.) Uns kann es ganz ruhig lassen, wenn Amerika jetzt die Silberwährung einführt.

So lange nicht das Gold demonetisirt wird, wird uns jedes Volk gern unser Gold gegen Silber abnehmen. Wir würden aber nur noch Silber haben, wenn wir im Jahre 1871/72 die Doppelwährung eingeführt, oder wenn wir nicht sofort nach dem Erlaß unseres Münzgesetzes die weitere Ausprägung von Silber verboten hätten. Diese Erörterungen sind ohne praktischen Werth. Man steht unter dem Eindruck der nordamerikanischen Vorgänge. Die Motive, weshalb Amerika jetzt Silberwährung einführt, haben wir nicht zu untersuchen. Ich will nur darauf hinweisen, daß im Jahre 1875 oder 1876 die einzige Silbermine von Nordamerika etwa 48 Millionen Mark Dividenden vertheilt hat und wenn Sie zwischen Dividende und öffentlicher Meinung einen Bindestrich zu ziehen im Stande sind, wird Ihnen allmälig klar werden, welche wissenschaftlichen Einflüsse maßgebend gewesen sein können (Heiterkeit), in Amerika die Silberwährung herzustellen. Unsere Circulation ist jetzt gesunder als vor der Münzreform, wir haben kaum die Hälfte der früheren ungedeckten Bankcirculation. Abgeordneter v. Kardorff müßte als Anhänger Carey's ein Anhänger des Papiergeldsystems sein. Wir sind über diese Theorie Gott sei Dank hinweg, daß die Menge der Circulationsmittel gleichviel von welchem Werth die Thätigkeit der Nation hebe. Die Entwerthung des Silbers hat nicht sehr viel zu thun mit seiner Demonetisirung, auch nicht mit der großen Silberproduction in Amerika, sondern sie resultirt hauptsächlich aus dem Silberbedürfniß Indiens. Durch den Nothstand in Indien ist dieses und damit der Silberwerth gestiegen.

Abg. v. Kardorff entgegnet, daß seine Rede den factischen Zweck gehabt habe, die neulichen Angriffe Schröder's gegen unsere Münzreform als unbegründet zurückzuweisen und bestreitet, daß er aus Consequenz seiner Carey'schen Ansichten zu einer Vertheidigung ungedeckter Papiernoten als Umlaufsmittel habe kommen müssen. Frankreich hatte nach dem Kriege eine große Menge ungedeckter Papiernoten in Circulation, nach den Ansichten Bamberger's hätte es dieselben einziehen müssen; es that das nicht, sondern suchte nur seine Baarbestände zu vermehren, und es fragt sich, ob nicht seine günstige wirthschaftliche Lage aus dieser Handlungsweise resultirt.

Die Position wird genehmigt.

Es folgt der Etat für den Reichskanzler (54,000 Mark) und dessen Centralbureau, welches letztere zum ersten Mal mit einem Kostenbetrage von 49,980 M. in das Budget des Reiches aufgenommen ist: ein vortragender Rath mit zwei Secretairen. Zur Unterhaltung der neuen Dienstwohnung des Reichskanzlers sind 9000 M., zur Unterhaltung des Vorgartens, des Parks und des Wintergartens 6000 M. ausgeworfen. Diesen Etat benutzt der socialdemokratische Abg. Bracke, um gegen die Bemerkung zu protestiren, die der Kanzler am Tage der Interpellation (am 19. d. Mts.) bezüglich der destructiven Richtung der Socialdemokratie gemacht hat. Damit ist der Partei ein Unrecht widerfahren, sie ist revolutionär, aber in schöpferischer Absicht und wird auf diesem Wege durch die revolutionäre Thätigkeit und sein gewaltthätiges Wirken in dankenswerther Weise unterstützt. Eine Rüge des Präsidenten veranlaßt den Redner zu dem mildernden Zusatz, daß der Kanzler wohl nicht aus persönlicher Absicht gewaltthätig handeln mag. Seinen eigentlichen Zweck, das wahre Wesen der Socialdemokratie auseinanderzusetzen, kann er aber nicht erreichen. Der Präsident kann nicht gestatten, daß er diesem Zwecke anläßlich des Etats des Reichskanzlers nachgehe, worauf der Redner bedauert, bisher keine andere Gelegenheit dazu gefunden zu haben.

Fürst Bismarck: Ich will nur eine Andeutung des Vorredners richtig stellen. Er sagte, ich hätte mich neulich gegen die Arbeiterbewegung ausgesprochen und suchte den Schein zu erwecken, als ob ich den Arbeitern die berechtigten Bemühungen, ihre Stellung und Zukunft zu bessern, verkümmern wollte. Ich habe neulich nur gegen die Agitatoren gesprochen; gegen die wirklichen Arbeiter habe ich diesen Tadel zerstörender Thätigkeit nicht erhoben. Aber diejenigen Agitatoren, die durch unwahre, und, wie ich glauben möchte, den Gebildeten unter ihnen selbst als unrichtig bekannte Vorspiegelungen, als könnten sie das Loos des Arbeiters auf die Dauer dadurch bessern, daß sie Unruhe, Unzufriedenheit, Störung des friedlichen Handels und der friedlichen Gewerbe erregen — gegen diese habe ich mich ausgesprochen, gegen die Leute, welche die Leichtgläubigkeit, die mit Begehrlichkeit verbunden ist, dazu mißbrauchen, um den Arbeitern aufzubinden, sie könnten ihnen helfen. (Fritzsche: Ist das zur Sache?) Es gehört viel Leichtgläubigkeit dazu, wenn wir gewisse Erscheinungen auf dem Gebiete der Wunder in der Art, wie sie sich geben, heute sofort als wirklich geschehen anerkennen sehen, aber die Leichtgläubigkeit ist meines Erachtens bei den Zuhörern der socialdemokratischen Agitatoren doch noch sehr viel größer, als in Marpingen.

Abg. v. Schorlemer-Alst: Da der Reichskanzler die Geschäfte Deutschlands und Preußens hauptsächlich von Varzin aus zu leiten pflegt, so werden die Vortheile, die durch das Centralbureau erreicht werden sollen, schwerlich erreicht werden, weil der Reichskanzler aus Varzin sehr viel wird schreiben müssen, um mit den verschiedenen Ressortchefs in Verbindung zu bleiben. Das Centralbureau soll die Verbindung mit den Ressortchefs erleichtern; diese Verbindung wird gewiß an Annehmlichkeit und Erleichterung gewinnen, wenn der Verkehr vorwiegend schriftlich ist. Aber wir dürfen doch nicht vergessen, daß dafür große Geldsummen bewilligt werden müssen und daß der Reichskanzler bereits so viele Beamten hat, wie selten ein Reichskanzler oder Ministerpräsident. Er hat ja eine freie Auswahl unter denselben und die Herren Bucher und in letzter Zeit auch Tiedemann häufig in seiner Nähe gehabt. Auch dieses Centralbureau ist wieder ausschließlich auf den Leib des Reichskanzler geschrieben und nicht auf den Posten eines solchen. Außerdem könnte ja ein Aushilfsmittel gefunden werden in der neu zu schaffenden Stelle eines vortragenden Rathes, womit schon sehr viel geholfen werden könnte. Vielleicht wird auch durch die Erledigung der Stellvertreterfrage das Bureau überflüssig werden, es ist jedoch möglich, daß gerade dieser Stellvertreter neue Schreiber- und Arbeitskräfte nothwendig macht. Die sachlichen Mehrkosten, welche zum Theil für die Ergänzung des eben erst neu beschaffenen Mobiliars verwendet werden sollen, haben für uns durchaus nichts Erfreuliches. Für einen Vorgarten, Wintergarten und Park sind 6000 Mark angesetzt. Die Gärten im Bereiche des Reichskanzleramtes beginnen bereits einen sehr bedenklichen Umfang anzunehmen, und die Summe von 18,000 Mark, welche für die verschiedenen Gärten gebraucht wird, erscheint etwas zu hoch. Ich muß wiederholen, obgleich es dem Reichskanzler nicht angenehm sein wird, daß wir in knappen Zeiten leben und mit einem erheblichen Deficit arbeiten, so daß sich Jeder und auch der Reichskanzler beschränken muß. Im Uebrigen gönne ich dem Kanzler, obwohl er sehr häufig nicht in Berlin ist (Heiterkeit), einen Wintergarten recht gern. Die Positionen erfordern nach verschiedenen Richtungen hin eine sorgfältige Prüfung. Ich beantrage, die Titel 2 bis 10 der Budgetcommission zu überweisen.

Fürst Bismarck: Mir kann natürlich eine sorgfältige Prüfung nur erwünscht sein. Sollte sich diese im Plenum nicht herbeiführen lassen (Widerspruch), so würde der Antrag des Vorredners angenommen werden. Die Einrichtung, als Ganze, halte ich aus den angeführten Gründen für ganz unabweislich und unentbehrlich. Diese Einrichtung sollte nicht mir auf den Leib zugeschnitten werden; die alten sind es gewissermaßen, denn ich glaube kaum, daß irgend einer meiner Nachfolger bereit sein wird, das an persönlichem Verkehr, ich möchte sagen, an persönlichem Botendienst zum Verkehr selbst zu leisten, was ich bisher geleistet habe, um die persönlichen und amtlichen Beziehungen, die mit den verschiedenen Geschäftszweigen nothwendig sind, aufrecht zu erhalten. Die neue Einrichtung soll eben jedem Reichskanzler seine Geschäfte erleichtern und ich halte sie hierzu für unentbehrlich. Wenn der Vorredner meinte, man könne das Bureau nach Varzin verlegen, weil ich dort mehr wohnte als in Berlin, so scheint er zu vergessen, daß auch unter seiner Mitwirkung, im vorigen Jahre mir der volle Urlaub versagt worden ist, auf den ich hoffte. Ich wünschte nicht, in Varzin zu arbeiten, sondern meine Gesundheit herzustellen und dieser Zweck ist vereitelt worden durch den Beschluß, daß meine Stellvertretung, die bis dahin niemals beanstandet worden, unzulässig sei. Ich mußte daher die Hauptarbeitslast nach Varzin mitnehmen. Wenn aber hier beschlossen worden ist, daß eine Vertretung in der Contrasignatur unzulässig sei, wenn ein Zweifel an der Richtigkeit dessen ausgesprochen wurde, was seit zehn Jahren in dieser Beziehung geschehen ist, so war es bei mir wohl mehr das Ergebniß meiner Krankheit und meiner Friedensliebe, daß ich darüber nicht discutirte. Ich habe im Urlaub mehr arbeiten müssen und mit geringeren Kräften, als ich hier in Berlin verpflichtet bin.

Wenn der Vorredner die Geschäfte kennen würde, so würde er sich wundern können, daß ich nicht mehr Beamte in Varzin gehabt habe, als die,

welche er erwähnte. Mit Hilfe eines Rathes und eines jungen Legationssecretärs habe ich die ganze Arbeitslast bewältigt. Ich habe an manchen Tagen 40—50 Bogenseiten selbst zu redigiren gehabt, dictando und wenn ich schreiben konnte, selbst schreibend. Ich habe mit meinem Sohn 700 bis 800 Chiffern in einem Tage lösen oder dechiffriren müssen, und wer weiß, was das für eine Arbeit ist, der wird wissen, daß ich nicht unbeschäftigt, sondern sehr beschäftigt war. Nach dem vorliegenden Stellvertretungsgesetz hoffe ich, daß wir dazu gelangen werden, daß die Vertretung des Kanzlers in ihrer Totalität möglich ist, und dann wird der Stellvertreter dieses Bureau noch nöthiger haben, durch das er mit den vielen Organen, mit denen er zu thun hat, verkehrt. Nehmen Sie an, daß dieser Stellvertreter zugleich Stellvertreter im preußischen Staatsministerium, daß er preußischer Finanzminister wäre, so wird er nicht in allen Branchen, die dem Reichskanzler vertraut sind, von vornherein geläufig zu Hause sein. Wenn er nun wie bisher, nichts findet, als einen verschlossenen Schreibtisch, sobald ich abgereist bin und er sich mit den übrigen ministeriellen Reichsbeamten seine Verbindungen erst selbst zu schaffen hätte, so wird er in einer gewissen Verlegenheit sein und es werden Verhältnisse eintreten, wie sie bisher mitunter eingetreten sind, daß, sobald der Kanzler krank und beurlaubt ist, die Frictionen vermöge der Mannigfaltigkeit der Vertretungen sich noch vermehren. Man ist dahin gekommen, die Vereinigung der Leitung des preußischen Staatsministeriums und der Leitung der Reichsgeschäfte in einer Hand für einen nothwendigen Zustand zu halten. Ich selbst habe mich von dieser Nothwendigkeit durch die Erfahrung überzeugt, indem ich ein Jahr lang, glaube ich, das Ministerium abgegeben habe und nur Reichskanzler gewesen bin.

Es würde zu weit führen, hier die Gründe zu entwickeln, aus denen sich diese Einrichtung nicht bewährt hat und ich werde nie wieder die Hand dazu bieten. Warum sollte nun bei einer längeren Behinderung des Reichskanzlers nicht dieselbe Einrichtung nützlich sein, die bei seiner Anwesenheit nützlich ist, nämlich, daß die Leitung der preußischen Ministerialpolitik und die Leitung des Reichskanzlergeschäfts in eine Hand gelegt wird? Es ist dies in den Monaten, wo der Reichskanzler auf Urlaub geht, ebenso Bedürfniß, wie in anderen. Es ist aber für den, der sich in den Sattel setzen soll, den der Kanzler verläßt, doch wünschenswerth, daß er Pferd, Sattel und Zäume finde, mit denen er die Sache übernehmen kann, und sie nicht erst selbst schaffen muß. Ich glaube auch gar nicht, daß der Vorredner ernste Bedenken gegen dieses Bureau hat: das Bedürfniß danach liegt nach meiner Ansicht so auf der Hand, daß ich mich nur wundern kann und die Gründe dafür nur in meiner Gesundheit zu finden vermag, wenn ich ohne dasselbe so lange habe leben können. (Sehr gut) Ich kann also den Vorredner vollkommen darüber beruhigen, daß ich mit diesem Bureau von Varzin aus nichts zu thun haben werde. Wenn ich in der Lage sein sollte, mich überhaupt noch länger im Amte und dabei auf Urlaub zu befinden, dann wird meine Stellvertretung, die in Zukunft zweifellos stattfinden wird, dieses Bureau noch nothwendiger bedürfen als ich, der diese Geschäfte seit 10 bis 12 Jahren genau kennt. In diesem Bureau wird die schriftliche Tradition erhalten. Aber auch die mündlichen Beziehungen zwischen den verschiedenen Behörden sind unter Umständen viel wichtiger, als die schriftlichen. Es sind oft Kleinigkeiten, die ich mit meinen Collegen im Reichsdienste zu besprechen habe.

Habe ich nun einen Rath oder einen Assessor, so wie jeder höhere Offizier einen Adjutanten hat, so begiebt sich dieser zu meinem Collegen, und in 5 Minuten ist die Antwort da, während auf dem schriftlichen Wege wenigstens 24 Stunden vergehen. Wenn der Vorredner diese Geschäfte nur kennte, über die er urtheilt, so würde er darauf dringen, daß dieses Bureau noch verstärkt und mir mehr Beamte zur Verfügung gestellt würden. Der Vorredner hat ferner über die Gärten gesprochen. Meine Herren: Ich werde keine Kirschen mehr essen, die in diesen Gärten wachsen; mir ist es einerlei, ob die Gärten unterhalten werden oder nicht. Sind die Ansätze im Etat zu hoch — für diese Frage habe ich die Verantwortung nicht tragen zu müssen geglaubt. Ob das 3000 oder 6000 oder 1500 M. sind, das weiß ich nicht; die Ziffer unterschreibe ich, wie sie mir vorgelegt wird. Wenn sich Etwas ersparen läßt, so seien Sie versichert, daß ich die alte preußische Tradition der sparsamen Wirthschaft als bonus pater familias nicht vergessen werde. Dasselbe gilt von der Einrichtung, dem Mobiliar und dessen Instandhaltung. Mir selbst hat es, wenn ich an meine Privateinrichtung denke, den Eindruck gemacht, daß es etwas hoch angesetzt ist, und ich habe gar kein Bedenken, wenn Sie daran Streichungen vornehmen wollen. Jedenfalls wird man im nächsten Jahre auf Grund der gemachten Erfahrungen sehen, wie sich die Sache stellt. Sollten Ersparungen gemacht werden, so dürfen Sie überzeugt sein, daß das Geld weder zu Gratificationen noch sonst zu unerlaubten Zwecken benutzt, sondern als erspart berechnet werden wird. Wenn ich noch einen Wunsch nicht unterdrücken kann, so ist es der, daß daß diejenigen Herren, denen ich persönlich mißliebig bin, während der Zeit, wo ich so krank bin, daß ich nur wenige Stunden und — nach dem Urtheil meines Arztes — zu meinem Schaden auf die Verhandlungen des Reichstages verwenden kann, die kleinen persönlichen Häkeleien so lange ruhen lassen, bich ich wieder genesen bin. (Lebhafte Zustimmung.)

Abg. **Braun**: Wenn der Abg. v. Schorlemer einen sachlichen Zweck erreichen wollte, so sollte er seine Reden nicht mit lauter persönlichen Invectiven ausstatten (Sehr richtig!), die noch nicht einmal den Eindruck der Spontaneität machten, sondern nach dem Duft des nächtlichen Lämpchens zu riechen schienen und deren Herstellungskosten zu ihrem Gebrauchs- oder Taxwerth in keinem Verhältniß standen. Wenn man die große Finanznoth des Reiches durch die Streichung von 6000 Mark für einen Garten heben könnte, so würde ich mit Vergnügen dabei sein. Die neue Einrichtung scheint mir ganz sachgemäß zu sein, denn der Reichskanzler ist der einzige Minister des Reiches und hat mit allen Ministern der Einzelstaaten zu verkehren, deren es doch wenigstens ein halbes Hundert giebt. Soll man ihm zumuthen, sein eigener Schreiber zu sein, oder soll er selbst von einem Bureau ins andere laufen? Das erinnert mich an eine Geschichte aus Nassau, wo für eine Enclave von zwei Dörfern ein Mann als Justizanwalt, als Polizeianwalt, als Amtmann, als Beamter der freiwilligen Gerichtsbarkeit fungirte, der sich für jede besondere Thätigkeit ein besonderes Bureau einrichtete und den Uniformen für jedes Amt ein kleines Abzeichen gab; er führte auch gewissenhaft Correspondenz mit sich selbst. Der Reichskanzler kann sich solche Spesen nicht erlauben. Wollen wir, daß der Reichskanzler in Zukunft so Großes leistet, als er in der Vergangenheit geleistet hat, dann wollen wir ihm im Uebrigen das Leben so leicht als möglich machen; freilich so leicht, wie wir wohl wünschen, können wir es nicht; wir müssen ihm auch manchmal opponiren, z. B. beim Tabak und solchen Geschichten. Bewilligen Sie deshalb die Forderung, ohne sie an eine Commission zu verweisen.

Fürst **Bismarck**: Die Gartenkosten erscheinen mir selbst hoch, ich kann Ihnen aber die Versicherung geben, daß ich die Herabminderung derselben im Auge behalten werde. Schon in der Conflictszeit wurde ein ähnlicher Antrag gestellt, ich sagte damals, ich hätte keine Vorliebe für künstliche Gärten, streichen Sie und ich lasse auf meine Privatkosten eine Kieferschonung pflanzen und setze Hasen hinein. (Heiterkeit.)

Abg. **Hänel**: Was die Gartenkosten angeht, so können wir uns deswegen schon auf die Oberrechenkammer verlassen, die jede unnöthige Verschwendung moniren wird. Die Frage des Centralbureaus scheint mir eine ganz untergeordnete, die man gar nicht im höheren politischen Lichte betrachten kann. Das Bureau soll zur Erleichterung der Communication der Ressorts mit dem Reichskanzler und umgekehrt dienen. Bedenklich könnte dies nur werden, wenn daraus eine Verringerung des mündlichen Verkehrs sich ergeben würde, welcher letzterer zu einer guten Organisation der Staatsmaschine zwischen den Ministern nothwendig ist und durch das beste Bureau nicht ersetzt werden kann. Bedenklich könnte es ferner sein, wenn der vortragende Rath sich einen Einfluß auf die Leitung der Politik zu verschaffen weiß, wenn sich also ein Civilcabinet des Kanzlers entwickelte, welches ohne Verantwortlichkeit die Geschäfte führt. Aber solche Bedenken können durch keine Einrichtung gänzlich beseitigt werden. Wir wollen den Posten nicht verweigern, um nicht den Schein zu erregen, als ob diese Verweigerung zu einer Stockung der Staatsmaschine geführt habe. Denn wir alle haben das Gefühl, daß es nicht recht vorwärts geht, freilich helfen solche Mittel, wie das vorgeschlagene, nicht, sondern nur grundlegende Organisationen, die eine gesunde Entwickelung herbeiführen.

Reichskanzler Fürst **Bismarck**: Ich will den Vorredner über seine Bedenken beruhigen. Eine Neigung zum schriftlichen Verkehr kann ja nach der Persönlichkeit größer oder kleiner sein, eine Garantie dagegen läßt sich in den Institutionen nicht schaffen. Bei mir ist unbedingt Vorliebe zum mündlichen Verkehr vorhanden und ich will nicht auf das Surrogat des Schreibwegs zurückziehen, der bei den deutschen Geschäften früher üblich war, wo man sich im Dienst nie sah, sondern nur schrieb, sondern ich will nur die Zeit des vielbeschäftigten Ressortschefs schonen. Nehmen Sie an, daß mir eine längere schriftliche Arbeit vorgelegt wird, von der ich mir in einem kleinen Punkte die Motivirung nicht anzueignen vermag, oder es werden mir Beförderungslisten vorgelegt, mit 19 Fällen bin ich einverstanden, mit dem 20. nicht; da kann ich mich nicht gleich hinsetzen und die Antwort redigiren, ich habe kein Bureau. Ich möchte also die Form des Privatbriefes wählen. Jetzt muß ich mir Vortrag halten lassen, der erst am nächsten Tage oder noch später durch den betreffenden Ressortchef erfolgen kann; ich muß wegen einer Kleinigkeit den vielbeschäftigten Mann zu mir bescheiden. Wenn ich ein Bureau habe, kann ich meine Ansicht auf den Rand oder auf den Umschlag schreiben mit ausführlicher Motivirung. Zu solchen Leistungen muß ich jetzt stets die Hilfe des auswärtigen Amtes in Anspruch nehmen, aus keinem anderen Grunde, als weil ich mit ihm in demselben Hause wohne. Wenn ich besonders jüngere Beamte im Bureau habe, so kann ich die persönlich an den betreffenden Minister senden. Der mündliche Verkehr soll nicht vermindert werden. Den Einfluß des vortragenden Rathes auf den Kanzler fürchte ich nicht; dieser Gefahr ist jeder Minister ausgesetzt und ich habe mitunter zu meinem Bedauern eine große Erschwerung des collegialischen Verkehrs in früheren Zeiten darin gefunden, daß, wenn man im Collegium versammelt war, man in dem anwesenden Collegen nicht mit dem sprach, der eigentlich über die Sache verfügte; eigentlich hätte man sich an den vortragenden Rath wenden müssen, wenn man seine Collegen hätte überzeugen wollen. Diese Eigenthümlichkeit liegt im Charakter oder in dem vorgeschrittenen Alter und an der großen Ausdehnung einzelner preußischer Ressorts, so daß der Minister nicht in verba magistri, aber auf die Worte seines Rathes schwören muß. Ich kann versichern, daß ich dieser Gefahr widerstreben, mich im Gegentheil bemühen werde, Einfluß auf die vortragenden Räthe meinerseits zu üben. (Heiterkeit.)

Abg. **Windthorst** (Meppen): Der Reichskanzler hat meinen Freund Schorlemer aufgefordert, ihn mit Persönlichkeiten zu verschonen. Ich bin absolut kein Freund von Persönlichkeiten (Heiterkeit), ich bin auch geneigt, die Aufforderung des Reichskanzlers zu befolgen, vorausgesetzt, daß auch der Reichskanzler jegliche persönlichen Angriffe meidet. (Sehr richtig im Centrum.) Von der Geldfrage bei der fraglichen Sache will ich absehen, für mich ist maßgebend, daß eine neue Institution geschaffen wird, die im alleräußersten Maße bedenklich ist. Sind im Reichskanzleramt nicht die genügenden Kräfte vorhanden, dann wollen wir gern einen oder zwei neue Räthe bewilligen, die über dem Reichskanzleramt stehen und eine besondere Instanz bilden. Ein derartiger Rath müßte ein sehr einfältiger Mensch sein, wenn er nicht großen Einfluß zu erlangen suchte. Jedenfalls müssen wir das Votum über diese Bewilligung aussetzen, bis wir über die hier ins Spiel kommende Stellvertretungsvorlage debattirt haben. Was derartige Zwischeninstanzen zu bedeuten haben, zeigt sich auffallend genug bei den Cabinetsräthen der Monarchen, gegen die fast in allen constitutionellen Staaten auf Leben und Tod gekämpft worden ist. Zwar versicherte der Reichskanzler, daß er auf diesen Rath Einfluß zu gewinnen suchen werde, aber die Verhältnisse sind stärker als die Menschen.

Fürst **Bismarck**: Der Vorredner hat die Entwickelung des Reichskanzleramts außer Acht gelassen, wenn er sagt, das Reichskanzleramt genüge dazu. Dasselbe sollte ursprünglich nur drei Räthe haben, es wuree dieser Bestimmung aber schon entrückt durch die Bestimmung des Ministers Delbrück zu seinem Präsidenten. Ein Mann von solchen Traditionen war dem Reichskanzler mehr ein College als ein Untergebener. Ich würde aber insbesondere, wenn ich die Postverwaltung, Elsaß-Lothringen, das Reichsjustizamt und das zukünftige Reichsfinanzamt dem Reichskanzleramt auf diese Weise subordinire, die ganze neue Organisation mit selbstständigen Ressorts vollkommen über den Haufen stoßen. Auch kann ich den Präsidenten des Reichskanzleramts nicht um jede Lappalie aus diesen Ressorts belästigen. Der Vorredner bedenkt nicht, daß wir hier in der Budgetberathung sind. Könnte die Institution ohne Geld in's Leben gerufen werden, so könnte sie eben so wie das Reichskanzleramt durch kaiserliche Verordnung geschaffen werden. Ich wünsche überhaupt, dahin zu kommen, daß das Reichskanzleramt in seinem gegenwärtigen Bestand aufgelöst werde, und daß, wenn dies der Kaiser genehmigt, ich in der Lage bin, auch zur Errichtung eines selbstständigen Reichsfinanzamtes die budgetmäßige Sanction des Reichstags zu erbitten durch einen Nachtragsetat. Auch das spricht gegen die Möglichkeit, das Reichskanzleramt mit dem Bureaudienst zu betrauen. Der Vorredner scheint mit den monarchischen Prärogativen kurzen Prozeß zu machen; dem König von Preußen gönnt er seinen Cabinetsrath nicht mehr. Wo kann ein preußischer König im Stande sein, auch nur alle Sachen zu prüfen, die ihm von den Ministern zur Unterzeichnung kommen. Streichen Sie die Cabinetsräthe, so fällt derselbe Dienst in subalterne oder militärische Hände. Vielleicht schwebte dem Vorredner das Beispiel des mächtigen General-Adjutanten von Gerlach vor, der den Minister von Manteuffel an Einfluß übertraf.

Ein technisch, wissenschaftlich und bureaukratisch gebildeter Cabinetsrath ist für unsere complicirten Verhältnisse unbedingt nöthig, das sollte doch auch der Vorredner, der früher diesen Verhältnissen näher gestanden hat, einsehen. Die Befürchtung, daß sich dieser Rath zum Vorgesetzten aller übrigen aufschwingen könnte — ja den Einflüssen unserer Hingebung unterliegen wir alle, dem Einen spricht die Frau in die Politik hinein, dem Anderen der Rath, der Dritte ist des Abends den Bemerkuugen seines Kammerdieners über die öffentliche Meinung zugänglich. Wenn der Vorredner, wie es es mir schien, im Namen seiner Fraction, welche die einzige ist, wo ich über die Persönlichkeit der Angriffe zu klagen habe, mir eine Art von Compromiß anbietet, so wüßte ich kaum einen Anderen als Herrn v. Schorlemer und den Vorredner als Träger dieses Tones zu bezeichnen; ich habe diesen Ton nicht angeschlagen. Ich hatte noch nicht die Ehre, Herrn von Schorlemer zu kennen, als ich im Landtagsbericht las, daß ein Abgeordneter der Centrumsfraction mich in sehr harten, ich könnte sagen groben Worten der Mehrheitswidrigkeit beschuldigt habe. Das verletzte mich einigermaßen und als ich das nächste Mal in der Sitzung war, bat ich Jemanden, mir den Herrn zu zeigen und erfuhr, daß es Herr v. Schorlemee war, der mich in einer Weise injuriirt hatte, die, wenn man noch in jüngeren Jahren ist, leicht zu persönlichen Folgen hätte führen können. Ich kann also hier nachweisen, von welcher Seite die Persönlichkeit zuerst ausgegangen ist. Der Vorredner schien mir eine Art Charakterfehler vorzuhalten, natürlich indirect wie immer, daß ich auf Persönlichkeiten hinausginge. Wie kommt es denn, daß ich mit allen anderen Fractionen, ja selbst mit der socialistischeu, jedenfalls mit der Fortschrittspartei, die doch häufig nicht meiner Meinung ist, so sehr selten den Fall einer persönlich unangenehmen Weise erlebe?

Diese Anspielung auf mein Privatleben, auf meinen Aufenthalt in Varzin auf die Gewohnheit, kurz und gut die reinen Personalissima, und dabei in wenig wohlwollendem Ton; ich kann dem Vorredner versichern, daß es mir auffällt, daß diese Tonart nur in einer Fraction zu Hause ist, die zum Theil den besseren Gesellschaftskreisen angehört und die vorzugsweise das Christenthum ihrerseits zu vertreten meint, die Religion des Wohlwollens, der Demuth, der Liebe und der Verträglichkeit, aber bei ihnen, sowohl in ihren Blättern, wie bei ihren Reden ist meiner Wahrnehmung nach die Tonart zu Hause, die die Galle in Bewegung bringt. Antwortet man nachher ab irato was vielleicht unrecht, aber menschlich und sehr natürlich ist — dann tritt der Vorredner auf und deutet dem Publikum in demselben Ton an: das Alles liegt an dem zänkischen Charakter des Reichskanzlers. (Heiterkeit.) Es findet sich dann auch stets im Hintergrunde Einer, der ruft „Sehr wahr", und dies zeigt eine gewisse Bekräftigung, daß noch mehrere Beobachter derselben Meinung sind (Große Heiterkeit), aber ich kann versichern und glaube den juristischen Beweis geführt zu haben, daß im vorliegenden Falle nicht ich Derjenige bin, der zwischen Herrn von Schorlemer und mir diesen Ton anschlägt. Ueber Andere habe ich kaum zu klagen, denn bei dem Abg. Windthorst ist wenigstens immer sehr viel Sachliches dem Persönlichen beigemischt. (Heiterkeit.) Nur wenn Herr von Schorlemer sich erhebt, dann weiß ich, daß irgend Etwas kommt, was mein Privatleben und meine Persönlichkeit betrifft, irgend eine Verspottung meiner Person, die zur Sache nicht gehört, aber weil sie in recht hübsche Form gekleidet wird, von Allen gern gehört wird. Ich würde gern versprechen, im Interesse unserer Verhandlungen, in Zukunft ein tauberes Ohr für jene Tonart zu haben, nur wünschte ich, daß auch von der anderen Seite dasselbe Bemühen zu Tage träte. Aber freilich — naturam expellas furca! es ist sehr schwer. (Beifall.)

Die Debatte wird geschlossen. Es folgt eine Reihe persönlicher Bemerkungen.

Abg. v. **Schorlemer-Alst** bemerkt, daß ihm das Privatleben des Reichskanzlers ganz gleichgiltig sei und daß derselbe für ihn nur in so weit Interesse habe, als er Beamter des Reiches sei. Nur gegen den Beamten richte er seine Kritik und dazu sei er als Volksvertreter berechtigt. Er habe übrigens nicht zuerst angegriffen, und bei der vom Reichskanzler angezogenen Gelegenheit sei er gar nicht zugegen gewesen. Die Geschichte von dem nassauischen Amtmann habe der Abg. Braun aus den „fliegenden Blättern" entlehnt. Auf dessen Bemerkung wegen der Studirlampe habe er keinen Anlaß zu antworten.

Abg. **Windthorst** (Meppen): Die Aeußerung des Reichskanzler lasse die Meinung aufkommen, als gönne er, Redner, dem Kaiser nicht die nöthigen Cabinetsräthe, das sei unrichtig. Er gönne dem Monarchen so viele Cabinetsräthe, als derselbe anzustellen geruhe. Er habe nur hervorheben wollen, daß sich der Cabinetsrath oft zwischen den Monarchen und den Minister stelle und die Vorträge des letzteren entgegennehme, was die unmittelbare Verbindung störe. (Rufe: Persönlich.) Ich bin jetzt fertig. (Große Heiterkeit.)

Fürst **Bismarck**: Selbst auf die Gefahr hin, die Discussion wieder zu eröffnen, muß ich einigen Aeußerungen widersprechen, der Abg. Windthorst hat gemeint, daß die Minister nicht persönlich bei Sr. Majestät Vortrag hielten. Ich halte, wenn ich gesund bin, jeden Tag bei Sr. Majestät Vortrag und auch die anderen Minister thun dies, sobald sie Se. Majestät empfängt, was einige Male in der Woche vorkommt. Herrn Schorlemer gegenüber erinnere ich mich sehr genau, daß mein Bruder zu mir kam und mir sagte, ich würde im Abgeordnetenhause heftig angegriffen und mir Unwahrheit vorgeworfen. Ich fragte, wer ist das? Ja, das ist Herr von Schorlemer-Alst. Mit diesem Pfeile im Herzen bin ich also hingekommen und habe meinerseits irgend welche persönlichen Angriffe gemacht. Jedenfalls ist Herr v. Schorlemer also der erste gewesen, der mich persönlich gekränkt hat, ehe ich von seiner Existenz etwas wußte. Wenn der Vorredner meint, ich hätte behauptet, er sei schuld daran, daß ich nach Varzin habe gehen müssen — ich weiß nicht, ich muß sehr undeutlich sprechen — das habe ich in keiner Weise gesagt. (Rufe: Nein!) Ich habe gesagt, er trage die Mitschuld, daß mir alle Arbeiten nach Varzin nachgeschickt würden, weil er zu denen gehört, die mir nicht die volle Ruhe gönnten, sondern verlangten, daß ich die Contrasignatur in den Urlaub nach Varzin mitnehmen mußte. So muß ich die Worte des Herrn v. Schorlemer richtig stellen, um im Publikum keine falschen Eindrücke aufkommen zu lassen.

Abg. v. **Schorlemer-Alst**: Ich bleibe bei meiner Ansicht stehen. (Fürst Bismarck: Ich bei der meinigen!) Uebrigens würde ich mich nicht grämen, wenn ich zuerst angegriffen hätte; denn als Volksvertreter bin ich berechtigt, die Minister anzugreifen, wie und wo ich es für gut befinde. (Bravo im Centrum.)

Abg. Dr. **Braun**: Die Geschichte von dem nassauischen Amtmann stammt nicht aus den „Fliegenden Blättern", sondern ist von mir zuerst in meinen „Bildern aus der deutschen Kleinstaaterei" veröffentlicht worden. Es sind dies also „Olle Kamellen" von mir. Meine Bemerkung über die Studirlampe würde der Abg. v. Schorlemer nicht so übel genommen haben, wenn er seinen Cicero nicht verschwitzt hätte. Ich mag Herrn v. Schorlemer gegenüber lateinische oder deutsche Citate anwenden, immer befinde ich mich ihm gegenüber im Unrecht. Es ist dies wie bei der Geschichte vom Bauer und dem Esel. (Heiterkeit.)

Abg. v. **Schorlemer-Alst** glaubt, daß die lateinischen Citate des Abg. Braun besser seien, als das, was er deutsch spreche. (Heiterkeit.)

Die Titel werden hierauf mit großer Majorität genehmigt.

Schluß 5¼ Uhr. — Nächste Sitzung **Donnerstag** 12 Uhr. (Interpellationen und Anträge.)

Berlin, 26. Februar. [**Amtliches**.] Se. Majestät der König hat dem Pfarrer **Schütte** sen. zu Barop im Kreise Dortmund den Rothen Adler-Orden vierter Klasse, und dem Herzoglichen Kammer-Rath **Hold** zu Schloß Ratibor den Königlichen Kronen-Orden vierter Klasse verliehen.

Bei dem Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten, Abtheilung für das Berg-, Hütten- und Salinenwesen, ist der Geheime Kanzlei-Secretär Eduard **Klingelstein** zum Geheimen Calculator ernannt worden.

[Als Kassen zur Auswechselung der außer Cours gesetzten Silber- und Kupfermünzen] werden in einer Bekanntmachung des Finanzministers vom 26. Februar u. A. bezeichnet: die Regierungs-Hauptkassen, die Kreiskassen, die Forstkassen, die Haupt-Zoll- und Haupt-Steuerämter, sowie die Neben-Zoll- und Steuerämter.

Berlin, 26. Febr. [**Se. Majestät der Kaiser und König**] nahmen heute im Beisein Sr. Königlichen Hoheit des Prinzen August von Würtemberg und des Commandanten militärische Meldungen entgegen, und ließen Sich von dem Chef des Militär-Cabinets, General-Major von Albedyll, und von dem Polizei-Präsidenten von Madai Vortrag halten.

Gestern verabschiedeten Sich Ihre Königlichen Hoheiten der Prinz von Wales und der Herzog von Connaught von den Kaiserlichen Majestäten. — Allerhöchstdieselben erschienen Abends auf der Soiree des Fürsten Pleß. — Zuvor war Ihre Majestät die Kaiserin-Königin mit Ihrer Königlichen Hoheit der Großherzogin von Baden bei dem Vortrage des Vereins für evangelische Zwecke anwesend.

[**Se. Kaiserliche und Königliche Hoheit der Kronprinz**] nahm im Laufe des gestrigen Vormittags militärische Meldungen entgegen und wohnte um 1 Uhr mit Sr. Königlichen Hoheit dem Herzog von Connaught der Besichtigung des Offiziercursus der Central-Turn-Anstalt durch Se. Majestät den Kaiser und König bei. Um 5 Uhr folgten Ihre Kaiserlichen und Königlichen Hoheiten die Kronprinzlichen Herrschaften mit Ihren Königlichen Hoheiten dem Prinzen von Wales und dem Herzog von Connaught der Einladung Ihrer Majestäten zum Diner. Abends um 8 Uhr begleitete Se. Kaiserliche und Königliche Hoheit der Kronprinz den Prinzen Heinrich der Niederlande, Königliche Hoheit, bei dessen Abreise nach dem Anhalter Bahnhofe. Demnächst gaben die Höchsten Herrschaften um 10 Uhr Ihren Königlichen Hoheiten dem Prinzen von Wales und dem Herzog von Connaught bei deren Abreise das Geleit nach dem Potsdamer Bahnhofe. (R.-A.)

Berlin, 26. Febr. [**Die Reichstagsfractionen zur Stellvertretungsvorlage. — Ministerieller Ausspruch. — Zusammentritt des Abgeordnetenhauses. — Das Ausführungsgesetz im Herrenhause.**] In den nächsten Tagen werden die Fractionen des Reichstages die Stellvertretungsvorlage in Berathung ziehen und die Taktik feststellen, welche sie gegenüber der neuen Wendung der Dinge, betreffs der constitutionellen Garantien, einzunehmen gedenken. Die conservativen Parteien werden voraussichtlich der Stellvertretungsvorlage zustimmen, die Ultramontanen pure verwerfen, die Nationalliberalen und die Fortschrittspartei ihre Amendirung versuchen. Die nationalliberale Fraction wird übrigens schon morgen in die Berathung des Entwurfs treten und die elsaß-lothringischen Autonomisten haben den Wunsch geäußert, der Sitzung beiwohnen zu dürfen. Nach dem Stellvertretungsgesetze kann nämlich die Stellvertretung des Reichskanzlers auch auf die Verwaltung für Elsaß-Lothringen übertragen werden. Die Autonomisten beabsichtigen nun bei der Berathung der Stellvertretungsvorlage im Plenum den Antrag einzubringen, daß die selbstständige Verwaltung des Reichslandes von Berlin nach Straßburg verlegt werden soll. Ohne Zweifel werden die Autonomisten in der Fractionsversammlung der Nationalliberalen den betreffenden Antrag motiviren und die Unterstützung derselben in Anspruch nehmen . . . Bei dieser Gelegenheit wollen wir nicht unerwähnt lassen, daß der Reichskanzler in der Budgetcommission bei der Position betreffs der Errichtung eines Reichs-Centralbureaus eine Perspective auf die Vereinigung des Postens eines Vicekanzlers des Deutschen Reiches mit jenem des Vicepräsidenten des preußischen Staatsministeriums eröffnete. Man brachte in Abgeordnetenkreisen damit das cursirende Gerücht der Designirung des Vicepräsidenten des preußischen Staatsministeriums, Camphausen, zum Vice-Kanzler in Verbindung. — Die preußischen Minister ergreifen in dem Conflict zwischen dem Reichskanzler und dem Finanzminister einerseits und dem Reichstage andererseits zunächst Partei für ihren Collegen im Amte. Einer derselben sagte im Hinblick auf das Camphausen'sche „ôte toi de là, que je m'y mette: „Wie soll mit den Nationalliberalen im Reichstage oder Landtage eine Majorität geschaffen werden? Was nützen unsere Vorlagen, wenn keine Mehrheit dafür vorhanden ist!" Selbstverständlich hat diese Aeußerung in conservativen Kreisen eine angenehme Temperatur erzeugt. — Nach den Dispositionen, welche Präsident v. Bennigsen getroffen, wird das Abgeordnetenhaus zwischen dem 11. und 15. März zur Erledigung der Justizgesetze wieder zusammentreten. — Es verlautet heute, daß die Justizcommission des Herrenhauses noch in dieser Woche die ihr obliegende Arbeit, die Vorberathung des Ausführungsgesetzes zur Gerichtsverfassung, beendigen werde, so daß nichts im Wege stände, das Plenum über 8 Tage zusammenzuberufen. Die Hoffnung, daß es gelingen werde, ohne Zeitverlust eine Uebereinstimmung zwischen den beiden Häusern des Landtages über die Vorlage herbeizuführen, muß nach dem gestrigen einstimmigen Beschlusse der Commission, die ausschließliche Zuständigkeit des Berliner Oberlandesgerichts bei Revisionen in Sachen des Landesstrafrechts wiederherzustellen, bedeutend verringert erscheinen. Denn das Plenum des Ab-

geordnetenhauses hat sich übereinstimmend mit seiner Commission in zweimaliger Abstimmung für die Streichung jener Bestimmung erklärt, das erste Mal beim Hammelsprunge allerdings nur mit einer Majorität von 1 Stimme, schließlich aber in dritter Lesung in namentlicher Abstimmung mit 28 Stimmen Mehrheit. Gegen den Paragraphen stimmten auch von der national-liberalen Partei 44 Mitglieder, darunter verhältnißmäßig sehr viele Abgeordnete der neuen Provinzen, die freilich im Herrenhause sehr wenig und in der Justiz-Commission desselben gar nicht vertreten sind. Aber auch von den altpreußischen Mitgliedern stimmten angesehne Männer der Partei, wie Georg v. Bunsen, Kieschke, Lasker, Mommsen und Rickert, mit der Mehrheit, so daß kaum zu erwarten ist, ein nochmaliges Scrutinium werde ein anderes Ergebniß liefern. Auch andere Modificationen, welche das Herrenhaus nach dem Vorschlage seiner Commission beschließen soll, wie z. B. die Wiederherstellung des privilegirten Gerichtsstandes der früher Reichsunmittelbaren, haben wenig Hoffnung, auf Annahme im Abgeordnetenhause. Dagegen wäre es möglich, daß dem dringenden Verlangen der Regierung, die Sitze und Bezirke der Amtsgerichte durch Königliche Verordnung zu bestimmen, nachgegeben würde, obgleich gerade der hauptsächlich angeführte Grund, die Berathung eines Gesetzes über diesen Gegenstand werde zu lange Zeit in Anspruch nehmen, wenig stichhaltig erscheint.

Darmstadt, 22. Februar. [Zur Frage des Unterstützungs-Wohnsitzes.] Eine auf gestern von dem Verein der hessischen Fortschritts-Partei zur Besprechung der beabsichtigten Novelle zum Gesetz über den Unterstützungs-Wohnsitz berufene Versammlung sprach sich nach einem eingehenden Vortrag des Referenten Advocat Osann und in Uebereinstimmung mit den späteren Rednern dahin aus, daß eine Abänderung des erst eine kurze Reihe von Jahren in Kraft stehenden Gesetzes überhaupt nicht geboten, und daß jedenfalls die drei vom Bundesrath beabsichtigten tief einschneidenden Modificationen unannehmbar seien.

Straßburg, 24. Febr. [Dispositionen für den Aufenthalt des Kaisers im Reichslande.] Wie man der „K. Z." mittheilt, wird während der großen Herbstmanöver des 15. Armeecorps das Hauptquartier des Kaiser hier aufgeschlagen werden, und sind die bezüglichen Bestimmungen an einschlägiger Stelle bereits eingegangen. Demzufolge wird auch die große Parade des vereinigten Armeecorps in der Nähe von Straßburg abgehalten und der Paradeplatz voraussichtlich zwischen der Stadt und den Forts bestimmt werden. Ob letztere mit Truppen belegt werden sollen, ist noch nicht festgestellt.

Schweiz.

Zürich, 20. Febr. [Aus dem Nationalrathe. — Militärisches. — Gegen die Phosphor-Streichhölzer. — Der Verein der Positions-Artillerie-Offiziere. — Zur Gesetzgebung. — Reaction im Schulwesen. — Die Geistlichen und das Pfarrwahlgesetz. — Altkatholisches. — Das beste Mittel zur Beschleunigung einer Erbtheilung.] Bei Weiterberathung des Gleichgewichtsgesetzes ließ gegenüber einem ständeräthlichen Beschlusse der Nationalrath seine Streichung der militärwissenschaftlichen Curse am Polytechnikum fallen, beharrte dagegen auf einstweiliger Einstellung der eintägigen Schießübungen, für deren bessere Einrichtung der Bundesrath sorgen soll. Bundesrath Scherer, Vorsteher des Militär-Departements, war natürlich wegen der bedrohlichen Zeitläufte von diesem Beschlusse wenig erbaut, ebensowenig von der Beseitigung des ständeräthlichen Beschlusses, daß die eingestellten Bestimmungen der Militär-Organisation, sobald die Lage sich bessere, von der Bundesversammlung wieder ins Leben gerufen werden könnten. Ein Antrag von Joos auf Verbot der Fabrikation und des Verkaufs der Phosphor-Streichhölzer, weil sie zu vielem Feuerschaden Anlaß gäben und nur mit Schädigung der Gesundheit verfertigt werden könnten, wurde mit 54 gegen 19 Stimmen als erheblich dem Bundesrath zur Prüfung überwiesen, entgegen einem Antrag auf Tagesordnung, weil das Fabrikgesetz den Bundesrath ermächtige, gegen gesundheitsgefährliche Gewerbe einzuschreiten. — In Bern war der Verein der schweizerischen Positions-Artillerie-Offiziere versammelt, nahm gründliche Vorträge von Oberstlieutenant Fornnrod und Hauptmann Combe über Verbesserung des Materials und der Organisation entgegen und beschloß, fleißig zu recognosciren, besonders an der interessanten Westgrenze. — Eine Uebersicht des schweizerischen Handels ergiebt, daß das schlechte Jahr 1876 von dem noch schlechteren 1877 ausgestochen worden ist. — Die Züricher haben mit Zweidrittel-Mehrheit ein Gesetz angenommen, welches einen Cantonsrath auf 1500 Seelen, statt auf 1200, festsetzt, die Waadtländer aber ein ähnliches Gesetz über Verminderung der Großräthe verworfen. — Der Große Rath von Tessin verschob den heißen Brei der Gotthard-Subvention zum dritten Mal; er ist böse und nicht zu einer solchen aufgelegt, weil die Monte Cenere-Linie nicht sofort mitgebaut werden soll. Weiterhin beschloß er, daß künftig Bellinzona alleiniger Sitz der Landesbehörden sein soll, also nicht mehr sechsjährlich mit Lugano und Locarno abwechseln; Bellinzona liegt im ultramontanen oberen Theil, während Lugano das Hauptquartier der Liberalen ist. Endlich schuf der Große Rath den Canton vollends zu einem Pfaffenparadiese um, indem er mit beiden Händen eine Vorlage des Regierungsraths annahm, welche den Grundsatz des Schulgesetzes aufhebt, daß der Primar-Unterricht in den Händen von Laien liegen muß. Demnach werden also Geistliche nicht blos an höheren Anstalten, sondern auch an Primarschulen lehren können. Ohne Zweifel wird die liberale Minderheit dagegen Recurs an die Bundesbehörde ergreifen, weil die Bundesverfassung den Jugendunterricht dem kirchlichen Einflusse entzieht und ihn „genügend" verlangt, wie er von katholischen Geistlichen nicht zu erwarten ist. — In Neyruz, Ct. Freiburg, wirkte seit vielen Jahren an einer gemischten Schule ein wackerer Lehrer. Der Pfarrer hätte aber schon längst gern die Mädchen der Obhut von Lehrschwestern unterstellt; er legte dem Lehrer Fallen, vergeblich, er verleumdete ihn, da erfolgte eine Untersuchung, die glänzend zu Gunsten des Lehrers ausfiel; 60 Familienväter (der Ort zählt 426 Einwohner) verlangten schriftlich die Beibehaltung ihres Lehrers. Statt ihnen zu entsprechen, suchte der Erziehungsdirector, Regierungs-Rath Schaller, den Betreffenden zur Abdankung und Annahme einer andern bescheidneren Stelle zu bewegen; als der Lehrer dies verweigerte, entsetzte er ihn einfach seiner Stelle. Jetzt wird die Schule von den frommen Schwestern geleitet, welche beim Pfarrer Quartier genommen haben. „Wir wissen, wie's gemacht wird." — Der Landrath von Baselland hat mit 40 gegen 1 Stimme den Recurs der Römischkatholischen von Allschwyl gegen die durch Wahl der Gemeinde selbst erfolgte Anstellung des christ-katholischen Pfarrers Schmid abgewiesen und mit 20 gegen 14 Stimmen die Regierung beauftragt, daß sie an sämmtliche katholische Pfarrer die Aufforderung erlasse, bis zum 20. d. ihre Erklärung darüber abzugeben, daß sie das Gesetz von 1871 über die Wahl der Geistlichen anerkennen und sich allen Bestimmungen desselben jederzeit unterziehen werden. Die Regierung hat den Auftrag ausgeführt. Auch soll nach Beschluß des Landraths keine Execution bewilligt werden zum Zwecke zwangsweisen Einzugs der Besoldung von Geistlichen, welche auf ihrem Widerstande gegen das Pfarrwahlgesetz beharren. — Der katholische Administrations-Rath von St. Gallen hat der Regierung angezeigt, daß er gegen ihren Beschluß, betreffend Anerkennung der altkatholischen Gemeinde St. Gallen als selbstständige Kirchgemeinde, an den Großen Rath Recurs ergreifen und dessen Vernichtung verlangen werde; er protestirt vorläufig gegen alle Ausführungsverfügungen. Die Regierung hat von der Zuschrift Vormerkung zu Protokoll genommen und wartet mit großer Seelenruhe ihr Schicksal ab. — Aus Luzern wird eine ergötzliche Geschichte gemeldet. In einem Dorfe des Entlebuch starb ein behäbiger Bauer und es sollte neulich die Theilung der Erbschaft stattfinden. Wie dies meistens zu geschehen pflegt, konnten sich die Erben über die Art der Theilung nicht verständigen und dieser Theilungs-Beamte war in der größten Verlegenheit, was er in der mißlichen Lage beginnen solle. Plötzlich fällt ihm ein guter Gedanke ein: er stellt sich an das Fenster, schaut eine Weile hinaus und wendet sich auf einmal an die sich streitenden Erben mit dem Ausruf: „Herr Jesus und Maria! der Kanzler Duret kommt!" In einem Augenblick sind die Erben über die Theilungsart einig. Ende gut, Alles gut. Bekanntlich ist Herr Duret, Kanzler des Bischofs Lachat, der berühmteste römische Erbschleicher des Jahrhunderts.

Osmanisches Reich.

B.F. **Bukarest**, 24. Febr. (Von unserem Special-Correspondenten.) [Tottleben. — Rustschuk. — Die bessarabische Frage. — Das Eisenbahnwesen.] General Tottleben ist vom Kriegsschauplatz zurückgekehrt, um sich demnächst von hier nach Petersburg zu begeben, wohin er berufen ist. Es soll sich, wie man hier wissen will, um eine nochmalige genaue Revision resp. Erweiterung und Vervollkommnung der Küstenbefestigungen an der Ostsee handeln, deren Anlage sämmtlich nach ganz speciellen Angaben des berühmten Ingenieurgenerals ausgearbeitet wurden, und im Falle eines Krieges mit England allen in sie gesetzten Erwartungen entsprechen dürften. Rußland hat in den letzten Jahren für seine Küstenvertheidigung außerordentlich viel gethan, was nicht wenig zur Unthätigkeit der türkischen Flotte in dem soeben beendigten Kriege beigetragen hat. — General Tottleben kam direct von Rustschuk, in welches er noch vor seiner Abreise einzog; er äußerte sich im Allgemeinen viel günstiger über den Zustand, in welchem er die feindliche Festung vorgefunden, als man erwarten konnte. Zunächst verdient die Instandhalung und Organisirung der Kriegslazarethe in Rustschuk Anerkennung, indem für die Pflege der Verwundeten nach jeder Richtung hin ausreichende Sorge getragen war. Gerade in dieser Beziehung herrschten bei den ottomanischen Feldarmeen die primitivsten Zustände, sodaß die unglücklichen Verwundeten massenhaft starben aus Mangel an Pflege, sogar rechtzeigem Verbande. In den Festungen scheinen von langer Hand her Vorbereitungen für den mit Sicherheit zu erwartenden Krieg gegen den „Moskowiter" getroffen worden zu sein, eine Maßregel für welche der energische Blum-Pascha (früherer preußischer Ingenieur), Inspecteur der Festungen, mit allem ihm zu Gebote stehenden Einflusse eingetreten ist. Proviant ist auch für mehrere Monate noch vorhanden gewesen, sodaß eine regelrechte Belagerung immerhin eine langwierige Geschichte gewesen sein würde. Soviel als möglich sind russischerseits die Kranken sofort evacuirt worden und man fährt energisch damit fort. Die Berichte über Schmutz und Elend sind übertrieben nach eigener Aussage Tottleben's. Den Bulgaren, welche den General beim Eintritt in das Weichbild der Stadt Rustschuk, die Popen an der Spitze mit obligater Feierlichkeit empfingen und nur von Thränen der Dankbarkeit und allgemeiner Rührung schwatzten, erklärte er kurz und bündig, daß er sie ganz ebenso wie die Muselmanen hängen lassen würde, sobald sie sich irgend welche Ausschreitungen gegen Andersgläubige schuldig machen würden. — Der Gouverneur von Russisch-Bessarabien ist hier eingetroffen, wie man vermuthet, um die Verhandlungen wegen der Cession von Rumänisch-Bessarabien wieder anzuknüpfen und speciell bei Feststellung der Detail-Bestimmungen für den Uebergang der rumänischen Verwaltung in russische Hände berathend mitzuwirken. Die bessarabische Frage ist trotz aller Kammerbeschlüsse noch nicht aus der Welt geschafft, man kann im Gegentheil behaupten, daß die Angelegenheit einen für Rußland günstigen Fortgang nimmt. Es beginnt sich allmälig eine Wandlung in der Stimmung der Rumänen zu vollziehen, man wird gewahr, daß die Russen doch eine starke Masse sehr ergebener Anhänger unter jenen zählen, und in der Haltung des Ministeriums, dessen Stellung übrigens immer noch als schwankend anzusehen ist, tritt nach und nach das Gemachte ihrer Entrüstung über das russische Ansinnen zu Tage. Es geschah vielleicht mit in der Absicht, dem jetzt so rege gewordenen Mißtrauen der Rumänen eine andere Richtung theilweise zu geben, daß in einer der jüngsten Senatssitzungen Minister Cogalnitscheanu, nachdem er hoch und theuer versichert, welche Opposition er den Russen auch bei ihren Eingriffen in das rumänische Eisenbahnwesen gemacht habe, die gegenwärtige, von dem Berliner Verwaltungsrath der Rumänischen Eisenbahn-Actien-Gesellschaft eingesetzte Direction als eine verkappte russische rundweg bezeichnete. Die Herren der aus drei Mitgliedern bestehenden Direction werden sich übrigens wohl bestens für diese Insinuation bedanken. Dem früheren (französischen) General-Director ließ der rumänische Minister alles Lob zu Theil werden, ihn bei der Bekämpfung der russischen Anmaßungen energisch unterstützt zu haben. — Unter den obwaltenden Umaänden steht die staatliche Anerkennung der durch jenes Drei-Männer-Consortium gebildeten Direction noch immer aus und an eine baldige Gewährung derselben ist um so mehr zu zweifeln, als die rumänische Regierung auf ihrem Verlangen beharrt: in das Directorium ein Mitglied rumänischer Nationalität aufgenommen zu sehen. Der Ankauf rumänischer Eisenbahn-Actien durch zahlreiche Zwischenhändler für russische Rechnung dauert fort, daneben tritt die Absicht des directen Ankaufs der Bahn durch die russische Regierung offener hervor, über diesen Punkt bin ich in der Lage ausführlicher nächstens zu berichten. Besorgte Actienbesitzer sehen übrigens die mit Herrn Guilloux eingeleiteten Unterhandlungen in Betreff der Uebernahme der Verwaltung der ottomanischen Bahnen Seitens desselben mit mißtrauischen Augen an. Es hat dies insofern auch seine Berechtigung, als die Besorgniß vor einer Isolirung des rumänischen Bahnnetzes, sobald die Direction der rumelischen Bahnen in den Händen jenes von seinem Posten bei den rumänischen Bahnen verdrängten Herrn ist, nicht ganz unbegründet erscheint, zumal Herr Guilloux mit der österreichischen Staatsbahn affilirt ist und der Vermuthung Raum zu geben ist, daß unter seiner Leitung die ottomanischen Bahnen den Anschluß (über Serbien) an das österreichische Bahnnetz energisch anstreben, den Ausbau der für die Entwickelung der rumänischen Bahnen so wichtigen Zwischenglieder (z. B. die von Midhat Pascha projectirte und protegirte Balkanlinie Jamboli-Szumla) hintenansetzen werden.

Provinzial-Zeitung.

—d. **Breslau**, 26. Febr. [Bezirksverein der Ohlauer-Vorstadt.] In der letzten Versammlung unter Leitung des Kaufmanns Sährig hielt Fabrikbesitzer Algöver Vortrag über seine patentirten Maschinen-Holzröhren. An den Vortrag knüpfte sich eine längere Debatte. — Zwei Anträge gingen dahin, der Bezirksverein möge gegen die vom Seifenfabrikanten Wecker beim hiesigen Stadt-Ausschusse nachgesuchte Genehmigung zum Bau einer Talgschmelze auf seinem Grundstücke Klosterstraße Nr. 8 entschiedene Einwendung erheben. Zimmermeister Mielsch theilt mit, daß die städtische Bau-Deputation bereits in ihrer letzten Sitzung beschlossen hat, gegen diese Anlage Einsprache zu erheben. Dasselbe ist nach der Mittheilung der Vorsitzenden auch Seitens der Nachbarn genannten Grundstückes geschehen. Deshalb geht der Verein über diese Angelegenheit zur Tagesordnung über. — Herr Dr. Korn referirt hierauf über die neue Wassersteuer-Vorlage des Magistrats. Dieselbe beruhe nicht auf dem Princip von Leistung und Gegenleistung. Selbst wenn diese Vorlage von der Stadtverordneten-Versammlung angenommen würde, könnte sie von der Regierung doch nicht genehmigt werden. Und auch vor dem Richter würde Magistrat Unrecht erhalten. Im Uebrigen entwickelte Redner die anderwärts bereits vielfach ventilirten Gründe gegen die Vorlage und stellt folgende Anträge: die Versammlung möge beschließen, Magistrat und Stadtverordneten-Versammlung zu ersuchen: 1) von dem vorgeschlagenen ungleichen Besteuerungsmodus in Bezug auf den Wasserverbrauch abzustehen, 2) keine höhere Steuer auf das Wasser zu legen, als nach Abzug des Wassers, was für öffentliche Zwecke verbraucht wird, der Selbstkostenpreis des Wassers bedingt. Nach längerer Debatte werden die Anträge des Herrn Dr. Korn mit großer Majorität angenommen. — Magistrat theilt auf eine Vorstellung des Vereins, betreffend die mangelhafte Pflasterung der Großen Feldstraße am alten Militärkirchhofe, mit, daß dieselbe unbegründet sei. Der Vorsitzende sowohl, wie Prof. Dr. Gscheidlen constatiren, daß sie Augenzeugen der schlechten Pflasterung gewesen seien. Auch nicht die Spur von Sand sei hier verwendet worden, sondern man habe die Steine in schwarzen, schmierigen Schlamm eingebettet. Dies wird auch von anderer Seite noch bestätigt. Es wird beschlossen, hierüber nochmals unter Zeugenbeweis beim Magistrat vorstellig zu werden. — Die Fragenbeantwortung wird wegen vorgerückter Zeit vertagt. — Eine Frage lautet: „Stadtbaurath Kaumann und Stadtrath Brückner sind nach Berlin gereist, um dem Reichstags-Präsidenten Oberbürgermeister v. Forckenbeck Vortrag zu halten. Wer zahlt den beiden Herren die Reisekosten?"

[Notizen aus der Provinz.] * **Gleiwitz.** Der „Oberschles. Wand." berichtet: Als am vergangenen Freitag des Morgens gegen 4 Uhr der Milchpächter Leopold Morys aus Fortuna mit seinem Fuhrwerk den hiesigen Stadtwald passirte, wurde derselbe in der Nähe der Eisenbahnüberführung von 4 aus dem Dickicht kommenden Strolchen angefallen. M., die Absichten der sauberen Gesellschaft errathend, trieb die Pferde an und gelang es ihm zwar zu entkommen, doch wurde das Sattelpferd, da die Strolche mehrere Schüsse dem Fuhrwerk nachfeuerten, am rechten Unterschenkel verwundet. Nach der Auslassung des das Pferd behandelnden Thierarztes ist die Verwundung glücklicherweise nicht gefährlich zu nennen.

† **Kattowitz.** Der „Oberschl. Ztg." wird von hier berichtet: Am 23. d. Mts., Morgens 7¼ Uhr, bemerkte der Executor Pitlik auf seinem nach der Straße zu gelegenen Parterrefenster eine Dynamitpatrone, welche so angebracht war, daß er bei einer Explodirung derselben, da er in der Stube unter dem Fenster in einem Bette schläft unzweifelhaft hätte getödtet werden müssen. Zum Glück hat die Zündschnur, durch den in der Nacht eingetretenen Regen feucht geworden, versagt, so daß diese nur angebrannt ist. Dem genannten Executor sind infolge seiner Pflichttreue schon verschiedene Drohungen zugegangen und läßt sich annehmen, daß hier nur ein beabsichtigtes Attentat vorliegt, zumal derselbe bis um 12 Uhr in der Nacht mit amtlichen Abrechnungen beschäftigt war und zu dieser Zeit ein verdächtiges Geräusch am Fenster nicht wahrnahm. Der Attentäter hat dann den Moment abgewartet, bis Pitlik sich zur Ruhe legte. Die der hiesigen Polizeiverwaltung übergebene Dynamitpatrone ist vom stärksten Kaliber und hätte bei ev. Explosion die größten Verheerungen anrichten können.

Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Berlin, 27. Febr. Die „National-Zeitung" schreibt: In parlamentarischen Kreisen sei im Anschluß an einige Aeußerungen des Reichskanzlers im Reichstage die Nachricht von Verhandlungen über die Reactivirung Delbrücks verbreitet, ohne daß jedoch eine bezügliche authentische Nachricht vorgelegen hätte.

Wien, 26. Febr. Die „Polit. Corresp." meldet aus Konstantinopel: Der Sultan und die türkischen Minister sträuben sich, die noch immer aufrecht erhaltenen russischen Forderungen wegen Uebergabe eines Theiles der türkischen Flotte und Einmarsch der Russen in Konstantinopel zuzugestehen. — Aus Athen vom 26. Febr.: Auf Kreta begannen in Kydoma, Apokorona, Sonda, Stylos und Malaxa Feindseligkeiten zwischen den Insurgenten und türkischen Truppen. In Thessalien räumen die Türken Karditza und zogen sich gegen Trikala und Pharsala zurück, die von den Insurgenten bedroht sind.

Versailles, 26. Febr. Der Senat hat heute den Gesetzentwurf, betreffend den Colportageverkauf der Zeitungen, angenommen.

Paris, 26. Febr. In der heute stattgehabten Versammlung des General-Syndicats der Textil-Industriellen wurde die Frage betreffend die Zolltarife berathen und beschlossen, mit Entschiedenheit dahin zu wirken, daß die Regierung und die Kammern die Erhebungen in Bezug auf die Tarife beschleunigen, damit der Industrie baldigst die unabweislich gebotene Unterstützung zu Theil werde.

Madrid, 26. Febr. Nach einer Mittheilung des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten steht allen spanischen Emigranten, welche vor den spanischen Consulen im Auslande den Eid der Treue geleistet haben, die Rückkehr nach Spanien zu jeder Zeit frei.

London, 26. Febr. Unterhaus. Pim meldete für Donnerstag die Interpellation an, ob die Regierung erklären wolle, daß sie die Störung des europäischen Gleichgewichts durch Rußland durch Annexion in Armenien oder Abtretung der türkischen Flotte oder Einmischung der Dardanellenfrage nicht gestatten werde, ob das Auswärtige Amt Garantien von Rußland besitze, daß die russischen Truppen Gallipoli nicht besetzen würden.

London, 26. Febr. Unterhaus. Northcote antwortete Forster, er habe keine weitere Mittheilungen über die Friedensbedingungen erhalten; es sei sehr wahrscheinlich, daß sie heute unterzeichnet worden seien, aber er besitze keine Nachricht darüber. Auf eine Anfrage von Havelock antwortete Hardy, die Transportwagen für die Ambulanz und den Munitionstrain des ersten Armeecorps seien fertig. Die Fertigstellung derjenigen des zweiten Armeecorps würde sehr eifrig betrieben.

London, 26. Februar. Das „Bureau Reuter" meldet aus Konstantinopel vom 26. d: Großfürst Nicolaus drückte gestern in bestimmter Form den Wunsch nach schleuniger Unterzeichnung des Friedens aus.

London, 26. Febr. General Lord Napier of Magdala ist zu einer Besprechung mit dem Herzog von Cambridge hier eingetroffen.

London, 26. Febr. Oberhaus. Derby antwortete Delawar: Als er das Auswärtige Amt verließ, lag daselbst noch keine Nachricht der Friedensunterzeichnung vor. Ueber die Bedingungen sind die Angaben wesentlich verschieden. Bulgarien solle allerdings eine große Provinz werden, über Gebietstheile südlich des Balkans sich erstrecken und kleine Districte am ägäischen Meer umfassen, ob einschließlich Salonichi ist noch ungewiß. Die Kriegsentschädigung wird verschieden gemeldet; sie betrage nach Einigen zwischen 150 bis 200 Millionen Pfund, welches eine fabelhafte Summe sei, nach Anderen 40 Millionen, jedoch unabhängig von Gebietsabtretung. Die Discussion der Friedensbedingungen erscheine bis zur genauen Kenntniß unthunlich.

Petersburg, 26. Februar. Dem Wiener Privattelegramm hiesiger Zeitungen, daß unter den Friedensbedingungen die Bestimmung, wonach ein Theil Bosniens an Serbien abzutreten sei, gegenüber ist die „Agence Russe" in der Lage, auf das Bestimmteste zu versichern, daß weder diese noch eine ähnliche Bestimmung existire; auch machte Rußland Serbien niemals ein ähnliches Versprechen. — Gortschakoff hütet in Folge seiner Erkrankung auch heute noch das Bett.

Bukarest, 26. Febr. Die Uebergabe von Widdin ist ohne russische

Intervention an die rumänischen Truppen geschehen. Es heißt jedoch, die rumänischen Truppen in Widdin sollen bald von den Russen abgelöst werden.

Washington, 25. Febr. Heute wurde von den Präsidenten des Senats und des Repräsentantenhauses die Silbervorlage unterzeichnet; dieselbe ist nunmehr dem Präsidenten Hayes vorgelegt worden.

Berliner Börse vom 26. Februar 1878.

Fonds- und Gold-Course.

Deutsche Reichs-Anl.	4	96,20 bzG
Consolidirte Anleihe.	4½	105,00 etbzG
do. do. 1876	4	96,25 bzG
Staats-Anleihe	4	96,25 bz
Staats-Schuldscheine	3½	92,70 bz
Präm.-Anleihe v. 1855	3½	139,00 bzG
Berliner Stadt-Oblig.	4½	101,70 bz
Pfandbriefe: Berliner	4½	101,20 bzG
Pommersche	3½	83,50 bz
do.	4	95,00 G
do.	4½	102,30 G
do. Lndsch. Crd.	4½	— —
Posensche neue	4	94,80 bz
Schlesische	3½	85 G
Lndschaftl. Central	4	95,00 bz
Rentenbriefe: Kur- u. Neumärk.	4	95,60 bz
Pommersche	4	95,60 bz
Posensche	4	95,60 bz
Preussische	4	95,60 bz
Westfäl. u. Rhein.	4	98,25 bz
Sächsische	4	96,40 bz
Schlesische	4	95,90 G
Badische Präm.-Anl.	4	120,90 bz
Baierische 4% Anleihe	4	122,50 bzG
Cöln-Mind. Prämiensch.	3½	110,50 bz
Sächs. Rente von 1876	3	72,60 G

Kurh. 40 Thaler-Loose 243,00 bzG
Badische 35 Fl.-Loose 139 bz
Braunschw. Präm.-Anleihe 81,60 etbzG
Oldenburger Loose 137,50 bzB

Ducaten 9,59 etbz	Dollars 4,185 G
Sover. 20,34 etbz	Oest. Bkn. 171,50 G
Napoleon 16,21 G	do. Silbergd. 181,60 eb
Imperials 16,655 G	Russ. Bkn. 218,65 bz

Hypotheken-Certificate.

Krupp'sche Partial-Ob.	5	106,90 bz
Unkb. Pfd. d. Pr. Hyp.-B.	4½	94,50 bzG
do. do.	5	101,50 bzG
Deutsche Hyp.-B.-Pfb.	4½	95,00 bzG
do. do. do.	5	100,50 bzG
Kündbr. Cent.-Bod.-Cr.	4½	100,20 bz
Unkünd. do. (1872)	5	101,75 bz
do. rückzb. à 110	5	107 bzB
do. do. do.	4½	99 bz
Unk. H. d. Pr. Bd.-Crd. B.	5	— —
do. III. Em. do.	5	101,75 bzG
Kündb. Hyp. Schuld. do.	5	109 bz
Hyp.-Anth. Nord-G. C-B	5	94,75 bz
do. do. Pfandbr.	5	94,75 bz
Pomm. Hyp.-Briefe	5	96,50 bzB
do. do. II. Em.	5	88,90 bzG
Goth. Präm.-Pf. I. Em.	5	107,75 bz
do. do. II. Em.	5	106 b
do. 5% Pf. rkzlbr. m. 110	5	100,50 bzG
do. 4½ do. do. m. 110	4½	92,50 bzG
Meininger Präm.-Pfdb.	4	104,80 bz
Oest. Silberpfandbr.	5½	33,50 G
do. Hyp.-Crd.-Pfdbr.	5	— —
Pfdb. d. Oest. Bd.-Cr.-Ge.	5	— —
Schles. Bodencr.-Pfdbr.	5	— —
do. do.	4½	93,40 G
Südd. Bod.-Cred.-Pfdb.	5	103,00 G
do. do. 4½%	4½	97,90 G
Wiener Silberpfandbr.	5½	— —

Ausländische Fonds.

Oest. Silber-R. (1./1. 1./7.	4⅕	57,10 bzG
do. 1./4. 1./10.)		57,10 bzG
do. Goldrente	4	63 B
do. Papierrente	4⅕	53,10 bzG
do. 54er Präm.-Anl.	4	96,90 G
do. Lott.-Anl. v. 60.	5	105,75 bzG
do. Credit-Loose	fr.	296,50 G
do. 64er Loose	fr.	262,50 bzB
Russ. Präm.-Anl. v. 64	5	161 bzB
do. do. 1866	5	161,25 bzB
do. Bod.-Cred.-Pfdbr.	5	75,50 bz
do. Cent.-Bod.-Cr.-Pfb.	5	89,50 G
Russ.-Poln. Schatz-Obl.	4	79,20 bz
Poln. Pfndbr. III. Em.	4	66,70 bzG
Poln. Liquid.-Pfandbr.	4	58,60 bzB
Amerik. rückz. p. 1881	6	101,10 G
do. do. 1885	6	— —
do. 5% Anleihe	5	99 etbzG
Ital. neue 5% Anleihe	5	74,25 etbzB
Ital. Tabak-Oblig.	6	102,70 bzG
Raab-Grazer 100 Thlr. L	4	70,40 bz
Rumänische Anleihe.	8	— —
Türkische Anleihe.	5	8,00 etbzB
Ung. 5% St.-Eisnb.-Anl.	5	70,00 G

Schwedische 10 Thlr.-Loose — —
Finnische 10 Thlr.-Loose 37,25 bzG
Türken-Loose 24,25 bzB

Eisenbahn-Prioritäts-Actien.

Berg.-Märk. Serie II.	4½	100,75 bz
do. III. v. St. 3½ g.	3½	85,50 bz
do. do. VI.	4½	99,75 G
do. Hess. Nordbahn.	5	103,50 G
Berlin-Görlitz	5	101,00 B
do.	4½	— —, C 76,20B
Breslau-Freib. Lit DEF.	4½	96,40 G
do. Lit. G.	4½	94,50 bz
do. do. H.	4½	92,50 bzG
do. do. JK.	4½	92,50 bzG
do. von 1876	5	101,50 bzG
Cöln-Minden III. Lit. A.	4	93,25 G
do. .. Lit. B.	4½	— —
do. .... IV.	4	94,30 G
do. .... V.	4	92,50 bz
Halle-Sorau-Guben	4½	101,40 bz
Hannover-Altenbeken.	4½	96,25 G
Märkisch-Posener	5	— —
N.-M. Staatsb. I. Ser.	4	— —
do. do. II. Ser.	4	95,50 G
do. do. Obl. I. u. II.	4	96,75 B
do. do. III. Ser.	4	— —
Oberschles. A.	4	— —
do. B.	3½	—
do. C.	4	92,25 bzG
do. D.	4	92,75 bzG
do. E.	3½	85,25 bzG
do. F.	4½	100,60 G
do. G.	4½	99,60 bzG
do. H.	4½	101,10 bzG
do. von 1869.	5	102,40 bzB
do. von 1873.	4	91 bz
do. von 1874.	4½	100,00 G
do. Brieg-Neisse	4½	— —
do. Cosel-Oderb.	4	— —
do. do.	5	103,50 G
do. Stargard-Posen	4	— —
do. do. II. Em.	4½	— —
do. do. III. Em.	4½	— —
do. Ndrschl. Zwgb.	3½	78 bzB
Ostpreuss. Südbahn	4½	99,40 G
Rechte-Oder-Ufer-B.	5	— —
do. do.	4½	99,75 etbzG
Schlesw. Eisenbahn	4½	— —
Chemnitz-Komotau	5	— —
Dux-Bodenbach.	5	58,25 G
do. II. Emission	5	59,75 G
Prag-Dux.	fr.	22,10 bz
Gal. Carl-Ludw.-Bahn.	5	86,25 bzB
do. do. neue	5	84,50 G
Kaschau-Oderberg	5	61 bz
Ung. Nordostbahn	5	57,50 bz
Ung. Ostbahn.	5	55,30 bzG
Lemberg-Czernowitz.	5	65,50 G
do. do. II	5	65,30 bzG
do. do. III.	5	60,40 bzG
Mährische Grenzbahn.	5	52,80 B
Mähr.-Schl. Centralb.	fr.	17,00 G
do. II.	fr.	15,50 G
Kronpr. Rudolf-Bahn	5	68,50 bz
Oesterr.-Französische	3	331,00 bzB
do. do. II.	3	317,90 bzG
do. südl. Staatsbahn.	3	238,80 bzB
do. neue	3	238,20 G
do. Obligationen	5	80,75 G
Rumän. Eisenb.-Oblig.	6	71,75 bz
Warschau-Wien II.	5	95,00 B
do. III.	5	91,80 bzB
do. IV.	5	82,80 bz
do. V.	5	76,90 bz

Wechsel-Course.

Amsterdam 100 Fl.	8 T.	3	168,70 bz
do. do.	2 M.	3	168,00 bz
London 1 Lstr.	3 M.	2	20,295 bz
Paris 100 Frcs.	8 T.	2	81,10 bz
Petersburg 100 SR.	3 M.	5½	218,30 bz
Warschau 100 SR.	8 T.	5½	218,60 bz
Wien 100 Fl.	8 T.	4½	170,30 bz
do. do.	2 M.	4½	169,30 bz

Eisenbahn-Stamm-Actien.

Divid. pro	1876	1877	Zf.	
Aachen-Mastricht.	1	—	4	19,10 G
Berg.-Märkische.	3¾	—	4	74,60 bz
Berlin-Anhalt	6	—	4	86,75 bz
Berlin-Dresden	6	—	4	10,40 bz
Berlin-Görlitz	9	—	4	14,50 G
Berlin-Hamburg.	11	—	4	168,10 bz
Berl.-Potsd-Magdb	3½	—	4	78,00 bzB
Berlin-Stettin	8 9/10	—	4	102,25 B
Böhm. Westbahn.	5	—	5	74,60 bz
Breslau-Freib.	5	—	4	64,25 bzG
Cöln-Minden.	5¼	—	4	91,50 bz
Dux-Bodenbach. B.	0	—	4	16 G
Gal. Carl-Ludw.-B.	7	—	4	103,60 bz
Halle-Sorau-Gub.	0	—	4	14,50 bz
Hannover-Altenb.	0	—	4	11,40 bz
Kaschau-Oderberg	4	—	5	43,75 bzG
Kronpr. Rudolfb.	5	—	5	49,50 B
Ludwigsh.-Bexb.	9	—	4	178,75 bz
Märk.-Posener	0	—	4	17,50 bz
Magdeb.-Halberst.	8	—	4	106,25 bzG
Mainz-Ludwigsh.	5	—	5	82,00 bz
Niederschl.-Märk.	4	4	4	96,80 bz
Oberschl. A. C. D. E.	9⅔	—	3½	121,90 bz
do. neue (50% Einz.)	—	—	5	— —
do. B.	9⅔	—	3½	114,10 bz
Oesterr.-Fr. St.-B.	5⅖	—	4	441-40 bz
Oest. Nordwestb.	5	—	5	183,00 bz
Oest. Südb. (Lomb.)	0	—	4	126½ bz
Ostpreuss. Südb.	0	—	4	38,00 bzG
Rechte-O.-U.-B.	6⅖	—	4	96,50 bz
Reichenberg-Pard.	4½	—	4½	37,90 bzB
Rheinische	7½	—	4	105,80 bz
do. Lit. B. (4% gar.)	4	4	4	93,10 bz
Rhein-Nahe-Bahn.	0	—	4	9,70 etbzB
Rumän. Eisenbahn	0	—	4	24,10 bz
Schweiz Westbahn	⅗	—	4	17,00 bz
Stargard-Posener	4½	4½	4½	101,25 bzG
Thüringer Lit. A.	9¼	—	4	112,50 bzG
Warschau-Wien.	6⅔	—	4	161,00 bz

Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Actien.

Berlin-Görlitzer	0	—	5	30,50 bzG
Breslau-Warschau	3	—	5	— —
Halle-Sorau-Gub.	0	—	5	35,60 G
Hannover-Altenb.	0	—	5	24,50 bzG
Kohlfurt-Falkenb.	0	—	5	22,75 G
Märkisch-Posener	3¾	—	5	75,25 bzG
Magdeb.-Halberst.	3½	3½	3½	68,75 bzG
do. Lit. C.	5	5	5	97,60 bzG
Ostpr. Südbahn	5	—	5	85,90 bzG
Rechte-O.-U.-B.	6⅖	—	5	106,50 bzG
Rumänier.	8	—	8	72,40 bzG
Saal-Bahn.	0	—	5	17,25 B
Weimar-Gera.	0	—	5	17,00 bzG

Bank-Papiere.

Alg. Deut. Hand.-G.	0	—	4	32,00 G
AngloDeutscheBk.	0	0	4	30,00 B
Berl. Kassen-Ver.	10 7/12	8 4/15	4	143,90 B
Berl. Handels-Ges.	0	—	4	70,50 bzG
Brl. Prd.-u. Hdls.-B.	6½	6	4	81,00 bzG
Braunschw. Bank.	5	—	4	80,60 bzG
Bresl. Disc.-Bank.	4	—	4	80,25 G
Bresl. Wechslerb.	5⅔	—	4	69,50 G
Coburg. Cred.-Bnk.	4½	5	4	70,00 etbzG
Danziger Priv.-Bk.	7	—	4	103,75 B
Darmst. Creditbk.	6	—	4	107,75 bz
Darmst. Zettelbk.	5¼	—	4	95,10 bz
Deutsche Bank	6	—	4	89,75 bz
do. Reichsbank	6⅓	—	4½	156,80 G
do. Hyp.-B. Berlin	8	7½	4	89,00 G
Disc.-Comm.-Anth.	4	—	4	117,50 bz
do. ult.	4	—	4	118-17¾
Genossensch.-Bnk.	5½	—	4	88,90 bzG
do. junge	5½	—	4	95,00 G
Goth. Grundcredb.	8	8	4	101,00 bzG
Hamb. Vereins-B.	10	10 5/9	4	123,60 G
Hannov. Bank	5 14/15	6	4	100,30 bzG
Königsb. Ver.-Bnk.	5⅓	6	4	83,00 G
Ldw.-B. Kwilecki.	5⅓	—	4	45 G
Leipz. Cred.-Anst.	6	5⅔	4	104,50 G
Luxemburg. Bank	6	—	4	85,50 B
Magdeburger do.	6	5 9/10	4	106,00 B
Meininger do.	2	—	4	73,75 bzG
Nordd. Bank	8	8½	4	137,00 G
Nordd. Grundcr.-B.	8	5	4	77,00 bzG
Oberlausitzer Bk.	1⅔	—	4	67,00 B
Oest. Cred.-Actien	11¼	8⅛	4	396½-90
Posner Prov.-Bank	6½	6½	4	103,00 G
Pr. Bod.-Cr.-Act.-B.	8	—	4	95,00 bz
Pr. Cent.-Bod.-Crd.	9½	—	4	116,25 G
Sächs. Bank	8	—	4	103,50 bzG
Schl. Bank-Verein	5	—	4	79,80 G
Thüringer Bank.	0	—	4	75,00 bzG
Weimar. Bank	0	—	4	40,60 bzG
Wiener Unionsbk.	11 1/14	—	4	112,00 B

In Liquidation.

Berliner Bank	—	—	fr.	5,00 G
Berl. Bankverein	—	—	fr.	39 G
Berl. Wechsler-B.	—	—	fr.	— —
Centralb. f. Genos.	—	—	fr.	10,50 G
Deutsche Unionsb.	—	—	fr.	14,50 G
Gwb. Schuster u. C.	0	—	fr.	— —
Moldauer Lds.-Bk.	0	—	fr.	11 G
Ostdeutsche Bank	—	—	fr.	— —
Pr. Credit-Anstalt	—	—	fr.	— —
Sächs. Cred.-Bank	5½	—	fr.	104,00 G
Schl. Vereinsbank	0	—	fr.	55,60 B

Industrie-Papiere.

Berl. Eisenb.-Bd-A.	0	—	fr.	635 bzG
D. Eisenbahnb.-G.	0	—	4	6,10 bzG
do. Reichs-u. Co.-B.	0	—	4	68,90 G
Märk. Sch. Masch. G	0	—	4	14,75 bzG
Nordd. Gummifab.	5	—	4	44,00 G
Westend. Com.-G.	0	—	fr.	— —
Pr. Hyp.-Vers.-Act.	12⅘	—	4	98,50 bzG
Schles. Feuervers.	18	—	4	720 G
Donnersmarkhütt.	3	—	4	22,50 G
Dortm. Union	0	—	4	7,90 bz
Königs- u. Laurah.	2	—	4	73,50 bz
Lauchhammer.	0	—	4	18,00 G
Marienhütte	6	—	4	57,50 G
OSchl. Eisenwerke	0	—	4	— —
Redenhütte.	0	—	4	3,40 B
Schl. Kohlenwerke	0	—	4	5,10 G
Schl. Zinkh.-Actien	7	—	4	80,25 G
do. St.-Pr.-Act.	7	—	4½	89,75 bz
Tarnowitz. Bergb.	0	—	4	32,00 B
Vorwärtshütte.	0	—	4	— —
Baltischer Lloyd	—	—	fr.	— —
Bresl. Bierbrauer.	0	0	4	— —
Bresl. E.-Wagenb.	2⅔	—	4	44,75 G
do. ver. Oelfabr.	3½	—	4	47,00 G
Erdm. Spinnerei	0	—	4	10,25 G
Görlitz. Eisenb.-B.	1¾	—	4	46,75 B
Hoffm's Wag. Fabr.	0	—	4	15,50 G
O.-Schl. Eisenb.-B.	0	—	4	31,90 G
Schl. Leinenind.	5⅓	—	4	62,00 G
do. Porzellan	0	1½	4	39,50 bzG
Wilhelmsh. MA.	0	—	4	— —

Bank-Discont 4 pCt
Lombard-Zinsfuss 5 pCt

Berlin, 26. Febr. Der Verkehr der heutigen Börse war wesentlich beeinflußt von den Nachrichten, die über die Bilanz der Oesterreichischen Creditanstalt Mittheilung brachten. Ein selbstständiges Urtheil darüber bildete sich die hiesige Börse eigentlich nicht. Sie hielt sich zunächst nur an die Dividendenzahl, welche sich jetzt und verläßlich auf 13 Fl. statt früher genannter 14 Fl. stellt. Im Allgemeinen schien man aber die Bilanz günstig aufzufassen, wenigstens nahm der Cours der Creditactien steigende Richtung und glich den kurz nach Eröffnung des Geschäftes erlittenen Rückgang vollständig aus. Gegen Schluß der Börse indeß trat das Angebot in dem Maße auf, daß die Notiz stärkere Einbuße erlitt. Politische Reflexionen beschäftigen heut die Börse weniger, auch blieb das Prolongationsgeschäft ohne jede Wirkung auf den von der Ultimo-Regulirung unabhängigen Verkehr. Abgesehen von dem Geschäft in Oesterreichischen Creditactien, das nicht ganz unbelebt blieb, erwiesen sich die Umsätze fast ganz belanglos. Es bedangen in der Prolongation: Franzosen 0,20 M. Rep., Lombarden 0,70—0,80 M. Dep., Credit 0,10 M. Dep. bis glatt, Comm. glatt bis ⅛ ‰ Rep., Russen 0,15 %, neue 0,17½—0,15 %, Italiener 0,22½ %, Oesterreichische Gold- und Silberrente 0,17½ %, do. Papierrente 0,20 % und Ungarische Goldrente 0,22½ % Dep. Lombarden und Franzosen fanden wenig Beachtung. Die österreichischen Nebenbahnen hielten sich ziemlich unverändert und waren auch nur äußerst wenig am Verkehre betheiligt. Galizier blieben vernachlässigt. — Von den localen Speculations-Effecten gingen Disconto-Commandit-Antheile zwar mit einer kleinen Avance aus dem heutigen Verkehre hervor, doch blieben die Umsätze in den engsten Grenzen. Lauraactien ließen etwas nach. Es notirten: Disconto-Commandit ultimo 118,10 bis 118,50—117,75—118 Laurahütte ultimo 74,60 bis 73. In den auswärtigen Staatsanleihen waltete das Angebot vor und gingen in Folge dessen die Course etwas zurück. Russische Werthe hielten sich sehr ruhig und trugen überdies nur eine schwache Tendenz. 5proc. Staatsanleihen 84—83⅝—83¾. Russische Noten per März 220—219¼, per April 220½—219¾, preußische und andere deutsche Staatspapiere unverändert still. Einheimische Prioritäten waren im Allgemeinen recht fest und wurden auch zu größeren Anlagen begehrt, Oberschlesische 5proc. schwächer, auswärtige Prioritäten behaupteten sich bei stillem Geschäft gut. Auf dem Eisenbahnactienmarkte machte sich zum Theil gute Kauflust bemerkbar und konnten die Course vielfach etwas anziehen. Märkisch-Posener und Halle-Sorauer beliebt. Berlin-Dresden, Nahebahn, Ostpreußische Südbahn und Weimar-Geraer in einigem Verkehr. Rumänen unverändert. Coupons von 1876 begehrt. Bankactien behaupteten sich auf bisherigem Niveau, Deutsche Bank zog etwas an. Meininger belebt. Centralbank für Industrie war gut zu lassen. Sächsische Bank höher. Essener Creditbank ging zu besserem Course um. Schaffhausen und Gothaer Grund-Credit-Bank weichend. Bergisch-Märkische Industriebank gab im Course nach. Industriepapiere in geringem Verkehr. Große Pferdebahn konnte sich schwach behaupten, Omnibus höher, Tivoli-Brauerei anziehend, Schultheiß ließ etwas nach, Oberschles. Eisenbahnbedarf besser, Berg.-Märk. Bergwerk anziehend.

Um 2½ Uhr: Matt. Märzcourse. Credit 391,50, Lombarden 127, Franzosen 440,00, Reichsbank 155,80, Disc.-Commandit 117,50, Laurahütte 73,00, Türken —, Italiener 74,00, Oesterr. Goldrente 62,60, do. Silberrente 56,80, do. Papierrente 52,75, 5proc. Russen 83,40, Neue —,—, Köln-Mindener 91,75, Rheinische 105,75, Bergische 74,70, Rumänen 24,00.

Liquidations-Course pro ult. Februar 1878: Creditactien 395, Franzosen 441, Lombarden 126,50, Galizier 104, Köln-Mindener 91,50, Rheinische 105,50, Bergische 74,50, Oberschlesische 122, Oesterr. Goldrente 63,00, Silberrente 57,00, Papierrente 53,25, 1860er Loose 106,00, Italiener 74,25, Türken 8,50, Disconto-Commandit 118, Laurahütte 73,50, Russisch-Englische Anleihe 71, 72 u. 73: 84, do. do. 1862 83,25, do. 1877: 84,00, Russische Noten 219, Ungar. Goldrente 76,90, Rumänen 24, Mainz-Ludwigshafen 82. Für andere deutsche Fonds, Eisenbahn- und Bank-Actien heutiger Durchschnittscours, für Oesterreichische Noten, Wechsel pr. Petersburg, kurz und lang Wien: Mittelcours vom 27. Februar 1878.

* **[Vereinigte Königs- und Laurahütte.]** In der gestrigen Sitzung des Aufsichtsraths der Vereinigten Königs- und Laurahütte macht die Direction Mittheilung über die Geschäftsergebnisse des ersten Semesters des laufenden Geschäftsjahres, also für den Zeitraum vom 1. Juli bis 31. December 1877. Die Production und der Verschleiß in Kohlen- und Eisen hat sich gegen das Vorjahr gesteigert, dagegen ist die Baareinnahme für verkaufte Producte nicht entsprechend gewachsen, weil die Preise unter der Ungunst der Conjunctur einen noch weiteren Rückgang erfahren haben. Wenn der Gewinn aus dem Geschäftsbetriebe sich gegen den vorjährigen nicht ungünstiger gestaltet, so ist dieses Resultat auf Ersparnisse beim Betriebe und auf die Steigerung der Stahlindustrie zurückzuführen.

Die am Schluß des Semesters vorliegenden Geschäftsabschlüsse sind recht erheblich und berechtigen zu der Annahme, daß die Ergebnisse des zweiten Semesters hinter denen des ersten nicht zurückbleiben werden.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

(W. T.-B.) **Paris**, 26. Februar, Abends. Boulevard-Verkehr. 3% Rente —,—, Neueste Anleihe de 1872 109, 92, Türken 1865 7, 85, Staatsbahn —, Spanier exter. —, Neue égyptiens —, —, Banqu. ottoman —, —, Italiener —, Russen de 1877 85, 25, österr. Goldrente 63,37, ungar. Goldrente —. Matt.

Frankfurt a. M., 26. Februar, Nachmittags 2 Uhr 30 Min. [Schluß-Course.] Londoner Wechsel 20, 392 Pariser Wechsel 81, 20 Wiener Wechsel 170, 70. Böhmische Westbahn 147¾. Elisabetbahn 139. Galizier 207. Franzosen*) 220. Lombarden*) 63¼. Nordwestbahn 91⅛. Silberrente 57⅜. Papierrente 53⅜. Goldrente 62⅞. Ungar. Goldrente 76¾. Italiener —. Russische Bodencredit 75⅜. Russen 1872 84. Neue russische Anleihe 83⅞. Amerikaner 1885 99⅞. 1860er Loose 106¼. 1864er Loose 260, 00. Creditactien*) 197¼ Oesterr. Nationalbank 679, 00. Darmst. Bank 107. Meininger Bank 74. Hessische Ludwigsbahn 81⅞. Ungar. Staatsloose 151, 00. do. Schatzanweisungen, alte, 101. do. Schatzanweisungen, neue, 94⅜. do. Ostbahn-Obligationen 62¾ Central-Pacific 100½. Reichsbank 156. Silbercoupons —. Rudolfsbahnactien —. Deutsche Reichsanleihe 96¼. — Fest und belebt.

Nach Schluß der Börse: Ermattend. Credit 195¾, Franz. 219¾, Galizier —, Goldrente —, ungar. Goldrente —, neueste Russen 83⅛.

*) per medio resp. per ultimo.

Hamburg, 26. Februar, Nachmittags. [Schluß-Course.] Hamburger St.-Pr.-A. 115⅛, Silberrente 57, Goldrente 62¾, Credit-Actien 195⅛, 1860er Loose 106½, Franzosen 551, Lombarden 157, Italien. Rente 73¾, Neueste Russen 83⅛, Vereinsb. 123⅜, Laurahütte 73¼, Commerzbank 99½, Norddeutsche 137, Anglo-deutsche 30, Intern. Bank 74½, Amerikaner de 1885 93¾, Köln-Minden. St.-A. 91½, Rhein. Eisenb. do. 105¼, Berg.-Märk. do. 74¼. Disconto 2¼ pCt. — Schluß matt.

Silber in Barren pr. 500 Gr., fein Mk. 81, 25 Br., 80, 25 Gd.

Wechselnotirungen: London lang 20, 30 Br., 20, 24 Gd., London kurz 20, 42 Br., 20, 34 Gd., Amsterdam 167, 55 Br., 166, 95 Gd., Wien 169, 00 Br., 167, 00 Gd., Paris 80, 80 Br., 80, 40 Gd., Petersburger Wechsel 220, 00 Br., 214, 00 Gd.

Hamburg, 26. Febr., Nachm. [Getreidemarkt.] Weizen loco und auf Termine ruhig. Roggen loco ruhig, auf Termine behauptet. Weizen pr. April-Mai 211½ Br., 210½ Gd., per Mai-Juni per 1000 Kilo 213 Br., 212 Gd. Roggen per April-Mai 151 Br., 150 Gd., per Mai-Juni per 1000 Kilo 151 Br., 150 Gd. Hafer still. Gerste flau. Rüböl matt, loco 73, per Mai per 200 Pfd. 71. — Spiritus matt, pr. Februar —, per März-April 42, pr. April-Mai 42¾, pr. Mai-Juni pr. 1000 Liter 100% 43. Kaffee ruhig, Umsatz 2000 Sack. Petroleum matter, Standard white loco 10, 90 Br., 10, 70 Gd., per Februar 10, 70 Gd., pr. August-December 12, 30 Gd. — Wetter: Windig.

Liverpool, 26. Februar, Vormittags. [Baumwolle.] (Anfangsbericht.) Muthmaßlicher Umsatz 6000 Ballen. Unverändert. Tagesimport 16,000 B. amerikanische.

Liverpool, 26. Febr., Nachmittags. [Baumwolle.] (Schlußbericht.) Umsatz 6000 Ballen, davon für Speculation und Export 1000 Ballen. Zu Gunsten der Käufer. Amerikaner aus irgend einem Hafen März-April-Lieferung 6 1/16 D.

Manchester, 26. Febr., Nachmittags. 12r Water Armitage 7⅝, 12r Water Taylor 7⅝, 20r Water Micholls 8⅞, 30r Water Gidlow 9⅜, 30r Water Clayton 9¾, 40r Mule Mayoll 9⅝, 40r Medio Wilkinson 10¾, 36r Warpcops Qualität Rowland 10, 40r Double Weston 11, 60r Double Weston 13¼, Printers 18/16, 34/50, 8½ pfd. 96. — Ruhiger Markt.

Petersburg, 26. Februar, Nachm. 5 Uhr. [Schluß-Course.] Wechsel London 3 Monate 26, do. Hamburg 3 Monate 221¼, do. Amsterdam 3 M. 131⅜, do. Paris 3 M. 271¼, 1864er Prämien-Anleihe (gestempelt) 234, 1866er Prämien-Anl. (gestplt.) 234 ½-Imperials 7, 62, Große russische Eisenb. 213, Russ. Bodencredit-Pfandbriefe 110¾, Russen de 1873 120, Privatdisc. 4½ %.

Petersburg, 26. Febr., Nachm. 5 Uhr. [Productenmarkt.] Talg loco 57, 50. Weizen loco 14, 00. Roggen loco 8, 75. Hafer loco 5, 00. Hanf loco 42, 00. Leinsaat (9 Pud) loco 16, 00. Frost.

Königsberg, 26. Februar, Nachm. 2 Uhr. [Getreidemarkt.] Weizen behauptet. Roggen unverändert, loco 121/122pfünd. 2000 Pfund Zollgew. 131, 25, pr. Frühjahr 135,00, per Mai-Juni 135,00. — Gerste unverändert, Hafer flau, loco pr. 2000 Pfd. Zollgewicht 122,00, pr. Frühjahr 120,00. — Weiße Erbsen pr. 2000 Pfd. Zollgewicht 140,00. — Spiritus pr. 100 Liter 100% loco 51,50, pr. Febr. 52,25, pr. Frühjahr 52,50. — Stürmisch.

Danzig, 26. Febr., Nachmitt. 2 Uhr. [Getreidemarkt.] Weizen unverändert. Umsatz 550 Tonnen. Bunter pr. 2000 Pfd. Zollgewicht 180,00 bis 200,00, hellbunter 216,00—228,00, hochbunter und glasig 230,00 bis 238,00. Weizen, russischer abfallend 174,00—180,00, do. russischer besserer 190,00—240,00, pr. April-Mai 213,00, per Mai-Juni 215,00. Roggen fest, 120pfd. loco pr. 2000 Pfd. Zollgewicht inländischer 132,00 bis 135,00, do. loco russischer 133,00, per Februar 138,00, per April-Mai 140,00. Kleine Gerste pr. 2000 Pfd. Zollgewicht 141,00, große Gerste pr. 2000 Pfd. Z.-gewicht 170,00. Weiße Koch-Erbsen pr. 2000 Pfd. Zollgew. loco 130 bis 135. Hafer per 2000 Pfd. Zollgew. loco 138,00. Spiritus per 100 Liter 100 pCt. loco 50,75.

Pest, 26. Februar, Vorm. 11 Uhr. [Productenmarkt.] Weizen loco wenig Geschäft, Termine fest, per Frühjahr 10, 80 Gd., 10, 90 Br. — Hafer per Frühjahr 6, 60 Gd., 6, 65 Br. — Mais, Banat, per Frühjahr 7,30 Gd., 7, 35 Br. Wetter: Schön.

Paris, 26. Febr., Nachm. [Productenmarkt.] (Schlußbericht.) Weizen ruhig, pr. Febr. 30, 50, per März-April 30, 50, per Mai-Juni 31, 00, per Mai-August 31, 00. Mehl fest, per Februar 64, 50, pr. März-April 65, 50, pr. Mai-Juni 66, 00, pr. Mai-Aug. 66, 25. Rüböl matt, per Februar 93, 50, per März 93, 50, per April 93, 50, per Mai-August 92, 75. Spiritus fest, per Februar 58, 25, per Mai-August 60, 00. — Wetter: —.

Paris, 26. Februar, Nachmittags. Rohzucker fest, Nr. 10/13 pr. Februar pr. 100 Kilogr. 56, 50, Nr. 5 7/9 pr. Febr. per 100 Kilogr. 62, 50. Weißer Zucker fest, Nr. 3 pr. 100 Kgr. pr. Febr. 66, 00, pr. März 66, 25. Mai-August 67, 25.

London, 26. Febr. Havannazucker stetig.

Antwerpen, 26 Februar, Nachmittags 4 Uhr 30 M. [Getreidemarkt.] (Schlußbericht.) Weizen vernachlässigt. Roggen unverändert. Hafer stetig. Gerste ruhig.

Antwerpen, 26. Februar, Nachmittags 4 U. 30 M. [Petroleummarkt.] (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 27⅝ bez., 27¾ Br., per Febr. 27½ bez., 27¾ Br., pr. März 27½ Br., pr. Septbr. 30½ Br., per September-December 31 Br. Matt.

Bremen, 26 Febr., Nachm. Petroleum ruhig. (Schlußbericht.) Standard white loco 11, 10, per März 11, 10, pr. April 11, 20, pr. Sept. 12, 15, pr. August-December 12, 30.

Berlin, 26. Februar. [Producten-Bericht.] Das Wetter, stürmisch und regnerisch in verflossener Nacht, ist am Tage bei heftigem Nordwind, trocken, aber rauh. Der Verkehr in Roggen ist unbelebt, die Haltung nicht fest, doch bot sich keine Gelegenheit, einen Ankauf auf Termine billiger als gestern zu machen. Waare, mäßig zugeführt, blieb preishaltend. — Roggenmehl ziemlich fest. Die gekündigten 4500 Ctr. scheinen in feste Hände gelangt zu sein. — Weizen sehr still; es gelangen nur vereinzelte Abschlüsse, bei welchen die Käufer im Vortheil waren. — Hafer loco unverändert, Termine leblos. — Rüböl ist neuerdings billiger verkauft, aber lebhafter als seit langer Zeit umgesetzt worden. — Petroleum ohne Handel. — Spiritus eröffnete mit einigem Angebot matt, befestigte sich jedoch allmälig, da es an Kauflust nicht fehlte. Nach leidlichem Umsatz schließt der Markt etwas höher als gestern.

Weizen loco 185—225 M. pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, gelber märkischer 199 Mark ab Boden bez., defect gelber galiz. — M., weiß-bunter galiz. — M. ab Bahn bez., per April-Mai 204 M. bez., per Mai-Juni 205 M. bez., per Juni-Juli 206 M. bez. Gekünd. — Ctr. Kündigungspreis — M. — Roggen loco 138 bis 150 M. pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, russischer 138—143 M. ab Bahn bez., defect russischer — M. bez., inländischer 140—146 M. ab Bahn bez., per Februar 146½ M. bez., per Februar-März 146½ M. bez., per Frühjahr 146½—146 M. bez., per Mai-Juni 144—144½ M. bez., per Juni-Juli 144—144½ M. bez. Gek. — Centner. Kündigungspreis — M. — Gerste loco 130 bis 200 M. nach Qualität gefordert. — Mais per 1000 Kilo loco alter 147 bis 152 M., neuer — M., nach Qualität bez., rumänischer 148 M. ab Bahn bez. — Hafer loco 95—160 M. pro 1000 Kilo nach Qualität geford., ost- und westpreußischer 120—137 M. bez., russischer 105—136 M. bez., pommerscher 126 bis 137 M. bez., schlesischer 126—137 M. bez., defect russ. — M. bez., böhmischer 126—137 M. bez., ungarischer — M. bez., feiner weißer russischer 142—145 M. ab Bahn bez., per Frühjahr 138 M. bez., per Mai-Juni 140½ M. bez., per Juni-Juli 142½ M. bez. Gekünd. — Centner. Kündigungspreis — M. — Erbsen: Kochwaare 151—195 M., Futterwaare 135—150 M. — Roggenmehl pro 100 Kilo Br. Nr. 0 und 1: incl. Sack per Februar 19,75—80 M. bez., per Februar-März 19,75—80 M. bez., per März-April 19,90—85 M. bez., per April-Mai 20—20,05 M. bez., per Mai-Juni 20,15 bis 20,20 M. bez., per Juni-Juli 20,15—20,20 M. bez.

Spiritus loco „ohne Faß" 51,4 M. bez., per Februar 51,7 M. bez., per Februar-März — M. bez., per April-Mai 52—52,5 M. bez., per Mai-Juni 52—52,8 M. bez., per Juni-Juli 53,3—8 M. bez., per Juli-August 54,3—8 M. bez., per August-Sept. 54,9—55,4 M. bez. Gek. 10,000 Liter. Kündigungspreis 51,6 M.

\# **Breslau**, 27. Febr., 9½ Uhr Vorm. Am heutigen Markte war der Geschäftsverkehr im Allgemeinen schleppend, bei mäßigen Zufuhren Preise unverändert.

Weizen bei schwächerem Angebot preishaltend, pr. 100 Kilogr. schlesischer weißer neuer 18,00—19,30—20,80 Mark, gelber neuer 17,20—18,30 bis 19,90 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Roggen, feine Qualitäten gut behauptet, pr. 100 Kilogr. 12,20 bis 13,40—14,00 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Gerste in matter Haltung, pr. 100 Kilogr. neue 13,30 bis 14,50 Mark, weiße 15,40—16,40 Mark.

Hafer schwach gefragt, pr. 100 Kilogr. neuer 11,10—12,30—13,00 bis 13,50 Mark.

Mais schwach zugeführt, pr. 100 Kilogr. 12,20—13,20—14,20 Mark.

Erbsen stärker angeboten, pr. 100 Kilogr. 14,00—15,00—17,00 Mark.

Bohnen schwach angeboten, pr. 100 Kilogr. 18,00—19,00 bis 19,50 Mark.

Lupinen, feine Qualitäten behauptet, pr. 100 Kilogr. gelbe 9,20—10,20 bis 11,00 Mark, blaue 9,00—10,00—10,40 Mark.

Wicken schwach behauptet, pr. 100 Kilogr. 10,50—11,50—12,50 Mark.

Oelsaaten schwach angeboten.

Schlaglein ohne Aenderung.

Pro 100 Kilogramm netto in Mark und Pf.

Schlag-Leinsaat	26	80	25	—	22	—
Winterraps	31	25	29	75	27	75
Winterrübsen	30	—	29	—	27	—
Sommerrübsen	28	50	27	—	25	—
Leindotter	25	50	23	50	21	50

Rapskuchen sehr fest, pr. 50 Kilogr. 7,30—7,50 Mark.

Leinkuchen gut gefragt, pr. 50 Kilogr. 8,70—9,20 Mark.

Kleesamen in ruhiger Stimmung, rother unverändert, pr. 50 Kilogr. 32—42—47—52 Mark, — weißer schwach angeboten, pr. 50 Kilogr. 40—48 bis 57—65—70 Mark, hochfeiner über Notiz.

Thymothee unverändert, pr. 50 Kilogr. 17—20—23 Mark.

Mehl ohne Aenderung, pr. 100 Kilogr. Weizen fein 28,00—29,00 Mark, Roggen fein 21,25—22,25 Mark, Hausbacken 19,75—20,75 Mark, Roggen-Futtermehl 9,60—10,50 Mark, Weizenkleie 8,00—9,00 Mark.

Heu 2,40—2,80 Mark pr. 50 Kilogr.

Roggenstroh 19,50—00,00 Mark pr. Schock à 600 Kilogr.

Meteorologische Beobachtungen auf der königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

Febr. 26., 27.	Nachm. 2 Uhr.	Abends 10 Uhr.	Morgens 6 Uhr.
Luftwärme	+ 3°,1	+ 0°,6	+ 0°,1
Luftdruck bei 0°	329''',77	332''',01	332''',75
Dunstdruck	2''',10	1''',76	1''',92
Dunstsättigung	80 pCt.	83 pCt.	96 pCt.
Wind	W. 3.	NW. 3.	NW. 1.
Wetter	trübe.	heiter.	Schnee.

Breslau, 27. Febr. [Wasserstand.] O.-P. 5 M. 58 Cm. U.-P. 1 M. 52 Cm.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein.
Druck von Graß, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.